



Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 6/2025

Sitzung vom / Séance du 08.12.2025



multiplicity



multiplicity





VILLE DE LUXEMBOURG

COMPOSITION DU CONSEIL COMMUNAL



Maurice Bauer
(CSV)



Lydie Polfer
(DP)



Simone Beissel
(DP)



Laurent Mosar
(CSV)



Corinne Cahen
(DP)



Patrick Goldschmidt
(DP)



Paul Galles
(CSV)



**Pascale Krombach-
Arend** (DP)



Anne Kaiffer
(DP)



Claude Radoux
(DP)



Colette Mart
(DP)



Sylvia Camarda
(DP)



Robert L. Philippart
(DP)



Angélique Bartolini
(CSV)



Bob Biver
(CSV)



Emilie Costantini
(CSV)



David Wagner
(déi Lénk)



Linda Gaasch
(Déi Gréng)



Nicolas Back
(Déi Gréng)



Christa Brömmel
(Déi Gréng)



François Benoy
(Déi Gréng)



Liudumila Branca
(Déi Gréng)



Maxime Miltgen
(LSAP)



Gabriel Boisante
(LSAP)



**Antonia Afonso
Bagine** (LSAP)



Marie-Marthe Muller
(LSAP)



Tom Weidig
(ADR)

TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 8. Dezember 2025

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

I	Sozialamt: teilweise Erneuerung des Verwaltungsrates	479
II	Beratende Kommissionen: Ersetzung von Mitgliedern	479

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

III	Finanzen der Stadt Luxemburg	479
1)	Einleitung durch Bürgermeisterin Lydie Polfer	479
2)	Bericht der Finanzkommission	479
3)	Vorstellung des berichtigten Budgets 2025 und des Budgets 2026 durch Finanzschöffe Laurent Mosar	481
IV	Fragen der Gemeinderäte	483
1)	Frage von Rätin Brömmel zur Initiative „Generation ohne Tabak“ der Krebsstiftung	483
2)	Frage von Rätin Brömmel zur Regelung des Zugangs externer Personen zu Schulen	483
3)	Frage von Rat Benoy bezüglich der flächendeckenden Einführung einer roten Markierung für Radwege	484
4)	Frage von Rätin Muller zu einer neuen Software für die Verwaltung des Programms „Sports pour tous“	485
V	Verkehr	486
VI	Konventionen	486
VII	Kostenvoranschläge	489
VIII	Urbanismus	491
1)	Punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans bezüglich der Teilbebauungspläne NQ [CS-09] und [CS-11] (Parc de Cessange)	491
2)	Neuordnung von Bauland	491

IX	Subsidien	491
X	Versteigerung von Fahrzeugen der Stadt Luxemburg	492
XI	Gerichtsangelegenheiten	492
XII	Konvertierung eines Postens	492

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

**I SOZIALAMT: TEILWEISE ERNEUERUNG
DES VERWALTUNGSRATES**

**II BERATENDE KOMMISSIONEN: ERSETZUNG VON
MITGLIEDERN**

In öffentlicher Sitzung

III FINANZEN DER STADT LUXEMBURG

1) Einleitung durch Bürgermeisterin Lydie Polfer

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Bevor ich das Wort an Budgetberichterstatterin Anne Kaiffer und Finanzschöffe Laurent Mosar gebe, einige einführende Worte zum Budget 2026. Wir haben das große Glück, in einer Stadt, in einem Land zu leben, wo die wirtschaftliche und politische Stabilität noch zu unserem Alltag zählt. Dieser Umstand bedeutet einen Mehrwert, auch wenn unsere Wirtschaft nicht mehr unbedingt so stark wächst wie noch vor einigen Jahren. Am 1. Januar 2024 zählte die Stadt Luxemburg 134.714 Einwohner. Am 1. Januar 2025 waren es 136.208 Einwohner (+ 1.500 Einwohner). In der Zeit zwischen dem 1. Januar 2025 und dem heutigen Tag ist die Einwohnerzahl weiter gestiegen. Auf den heutigen Tag zählen wir 137.780 Einwohner (+ 1.500 Personen). Vor einigen Jahren – und insbesondere vor dem Ausbruch der Pandemie – lag der Bevölkerungszuwachs in der Stadt Luxemburg bei rund 3.000 Personen pro Jahr. Wir stellen demnach eine gewisse Stabilisierung fest. Dennoch gilt es, unsere Infrastrukturen und Dienstleistungen an die wachsenden Bedürfnisse anzupassen.

Die Stadt Luxemburg ist schuldenfrei und verfügt über ein gewisses finanzielles Polster, um die geplanten, großen Infrastrukturprojekte finanzieren zu können, so dass man von einer komfortablen Finanzlage sprechen kann. Dabei gilt es jedoch nicht aus den Augen zu verlieren, dass diese Finanzlage sehr eng mit der allgemeinen nationalen ökonomischen Entwicklung zusammenhängt. Die fünf größten Investitionen im Budget 2016 sind der Ausbau der Kläranlage Beggen (33 Millionen Euro), der Bau der Fahrrad- und Fußgängerbrücke Cents-Neudorf-Weimershof (13 Millionen Euro), der Ausbau der Trambahnstrecke (Abschnitt „Kirchberg Laangfur“) mit einem finanziellen Beitrag der Stadt Luxemburg (11 Millionen Euro), der Ausbau des Verwaltungsgebäudes „Rocade“ (10,5 Millionen Euro) und der Bau des Leichtathletikstadions in Hamm (10 Millionen Euro). Andere umfangreiche Projekte stehen noch aus, darunter das neue Gebäude für den Service *Hygiène*, das „Schluechthaus“, die Umsetzung großer Teilbebauungspläne wie „Porte de Hollerich“ und „Nei Hollerich“ sowie die VEFA-Projekte (Bau von mehr als 200 Wohnungen) mit Investitionen von mehr als 200 Millionen Euro. Die Finanzlage der Stadt Luxemburg, die weiterhin eine positive Entwicklung kennt, erlaubt es, diese Infrastrukturprojekte zu realisieren.

Die Stadt Luxemburg tätigt nicht nur Investitionen in Infrastrukturprojekte, sondern investiert auch in ihre Dienststellen.

Allein die Dienststellen „Seniors“, „Egalité des chances“, „Foyers scolaires“, „Jeunesse“, „Intervention sociale“ sowie „Intégration et besoins spécifiques“ beschäftigen 722 Personen, die im Interesse der Bürger arbeiten. Der Service *Foyers scolaires* zählt mehr als 400 Mitarbeiter. 120 Posten bei Vereinigungen des sozialen Sektors (HUT, CNDS, Inter-Actions, Jugend- an Drogenhölle, usw.), mit denen wir Konventionen abgeschlossen haben, werden von der Stadt Luxemburg finanziert.

Die Stadt Luxemburg ist eine attraktive Stadt. Mit einer wachsenden Bevölkerung wachsen auch die Bedürfnisse. Und wir versuchen, diesen Bedürfnissen bestmöglich gerecht zu werden. Dies spiegelt sich im Budget 2026 wider.

Im Namen des Schöffenrates möchte ich den 4.600 Mitarbeitern der Stadt sehr herzlich für ihre Arbeit danken. Mein Dank geht auch an unsere Generalsekretärin, die wir für ihr großes Engagement und Pflichtbewusstsein kennen. Wenn es mal Probleme gibt, mit denen nicht zu rechnen war, suchen wir stets zusammen mit unseren Dienststellen schnellstmöglich nach einer Lösung. Mein Dank geht auch an unseren Finanzdienst sowie an die Budgetberichterstatterin. In ihrem Bericht legt Rätin Kaiffer den Schwerpunkt auf das Thema Handel, ein Thema von großer Aktualität, denn eine Stadt ohne Handel ist keine lebendige Stadt. Rätin Kaiffer hat dies in ihrem Bericht auf eine hervorragende, ausführliche Art und Weise dargelegt. Ich bedanke mich auch bei der Finanzkommission, welche die Budgetdokumente in ihren Sitzungen genauestens unter die Lupe genommen hat, und insbesondere bei ihrem Präsidenten, Rat Claude Radoux.

2) Bericht der Finanzkommission

Rätin Anne KAIFFER (DP), Budgetberichterstatterin: Die Finanzkommission hat dreimal getagt, um sich eingehend mit den Budgetdokumenten zu befassen. In der Sitzung vom 2. Dezember hat sie den Haushaltsentwurf 2026 positiv begutachtet. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Mitgliedern der Kommission und bei allen Dienststellen der Stadt Luxemburg, die an der Aufstellung des Budgets mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank gebührt der Direktion des Finanzdienstes, ohne deren Hilfe ich den vorliegenden Budgetbericht nicht hätte erarbeiten können.

Die **Bedeutung des Handels** für eine Stadt sollte man nicht außer Acht lassen. Die Stadt Luxemburg wächst weiter und Tag für Tag stellen sich neue Herausforderungen. Infrastrukturen allein reichen nicht aus. Wichtig ist auch, dass die Menschen, die hier arbeiten, auch hier einkaufen und wohnen können. In den vergangenen Jahren hat die Stadt Luxemburg große Anstrengungen in diesem Sinne unternommen. Sie ist bemüht, mehr Menschen in die Stadt zu locken, und tätigt hohe Investitionen.

Es wurden fast 488 Millionen Euro in VEFA-Projekte, Teilbebauungspläne (PAP) sowie den Erwerb von Grundstücken investiert. Das Trambahnnetz wird weiter ausgebaut. Die Stadt ist bemüht, ihre Busflotte so schnell wie möglich zu elektrifizieren, dies alles im Sinne eines besseren Zusammenlebens.

Der Handel trägt maßgeblich zur Belebung einer Stadt, eines Stadtteils bei. Überall in Europas Städten verlassen die Bewohner die Stadtzentren, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Tagsüber arbeiten sie in der Stadt, doch abends verlassen sie diese, da sie auswärts wohnen. Dies hat auch zur Folge, dass immer mehr Geschäfte leer stehen. Wir alle wollen, dass unsere Stadt einen neuen Aufschwung erlebt, was auch neue Einnahmen generieren würde.

Im Jahr 2024 standen rund 180.000 qm Verkaufsflächen auf dem Stadtgebiet zur Verfügung. Seit 2021 ist die Zahl der Geschäfte um mehr als 300 Einheiten gestiegen – eine

beachtliche Steigerung. Und auch wenn sich das Stadtbild verändert hat – mehr Betriebe in den Bereichen Shopping und Gastronomie, etwas weniger Dienstleistungen –, so zeigt dies, dass wieder mehr Menschen sich trauen, in der Stadt ein Geschäft zu eröffnen.

Welches sind die größten Probleme, die es in Angriff zu nehmen gilt? Hier lassen sich die Zugänglichkeit und der elektronische Handel nennen. Auch, wenn der Einzelhandel seit 2024 rückläufig ist, lässt sich im Horeca-Bereich ein Anstieg feststellen, wobei dies nicht die klassischen Restaurants betrifft, sondern die Take-Aways. Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale ist seit 2019 leider gestiegen (2019: 12,6 %, aktuell 14,3 %). Dies erweist sich nicht unbedingt als Nachteil, da neue Läden hinzugekommen sind. Es bedeutet vielleicht einfach, dass die Geschäftsflächen kleiner geworden sind. Es sind vor allem größere Geschäftsflächen, die leer stehen.

Was unternimmt die Stadt Luxemburg, um den lokalen Handel zu unterstützen? Sie hat die Kompetenzen weiterentwickelt, eine *Cellule Développement économique et commercial* (DEC) ins Leben gerufen und ausgebaut. Diese zählt derzeit sechs Mitarbeiter. In den vergangenen Jahren hat sich das Team spezialisiert. Die Dienststelle umfasst eine Handelsbeobachtungsstelle und ist für die Analyse und Überwachung der wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung des Stadtzentrums sowie der 24 Stadtteile zuständig. Ein *Handelsregister* (seit 2019) zentralisiert und strukturiert alle Daten über Unternehmen, Handwerksbetriebe und Einrichtungen im Horeca-Sektor und gibt demnach u.a. Aufschluss darüber, in welchem Stadtteil es noch ein Lebensmittelgeschäft, einen Schuster, einen Frisörladen, usw. gibt, bzw. weist auf, wie wir die Stadtteile unterstützen können, damit die Zahl der lokalen Geschäfte in den Stadtteilen und damit auch die Lebensqualität der Einwohner steigt. Die Analyse des Fußgängerverkehrs und der Mobilitätsgewohnheiten der Menschen, die in die Stadt kommen, ermöglicht es, die Attraktivität der verschiedenen Stadtteile zu untersuchen.

Die kostenlose Onlineplattform *cityshopping.lu* ermöglicht es den Händlern mit physischem Sitz in der Hauptstadt, mehr Sichtbarkeit zu erlangen.

Wichtig ist, dass wir etwas gegen leerstehende Geschäftsflächen unternehmen. Vor allem im Winter, wenn es früh dunkel wird und das Wetter oft grau ist, macht es keine Freude, an Geschäften vorbeizugehen, die leer stehen und nicht beleuchtet sind. Seit 2019 bietet die Stadt Luxemburg mehrere Geschäftsflächen zur Kurzzeitmiete an, um die Eröffnung von *Pop-up-Stores* zu ermöglichen. Ein Drittel der 79 Unternehmer, die an diesem Projekt teilgenommen haben, konnten sich mit ihrem Konzept dauerhaft entweder in der Hauptstadt oder in einer anderen Gemeinde niederlassen.

Ende 2023 hat die Stadt zwei Treffen mit Ladenbesitzern in der Oberstadt und im Bahnhofsviertel organisiert. Mehr als 160 Personen nahmen an diesen Treffen teil, um die verschiedenen Probleme zu besprechen und Wünsche und Anregungen zur Verbesserung und Revitalisierung der Viertel zu äußern. Diese Treffen haben zur Bildung einer Arbeitsgruppe für das Bahnhofsviertel geführt, die sich aus Vertretern verschiedener städtischer Dienststellen, Händlern und der UCVL (*Union commerciale de la Ville de Luxembourg*) zusammensetzt, um durch kurz-, mittel- und langfristige Projekte konkrete Fortschritte bei den angesprochenen Punkten zu erzielen.

Wichtig zu erwähnen sind auch Eigeninitiativen, wie beispielsweise die Aktion „*D'Fleeschiergaass leet iech de rouden Teppech aus*“ („Die Rue de la Boucherie rollt den roten Teppich für Sie aus“). Die Geschäftsleute aus der Rue de la Boucherie haben sich zusammengesetzt, um eine Aktion auf die Beine zu stellen, mit dem Ziel, ihren Kunden mehr zu bieten und

die Menschen auf diese Straße aufmerksam zu machen. Die Stadt Luxemburg hat diese Initiative unterstützt (City Magazine, Flyer, Newsletter, soziale Medien). Die Initiative ist gut bei den Bürgern angekommen.

Seit 2018 findet ein von der Stadt Luxemburg und der UCVL organisierter *Wettbewerb für die Dekoration von Weihnachtsschaufenstern* statt, mit dem Ziel, auch abends nach Ladenschluss mit beleuchteten und schön gestalteten Schaufenstern die Magie der Weihnachtszeit zu verbreiten, und die Attraktivität der Stadt zu fördern. Für die Geschäftsleute werden kostenlose Schulungen zur Gestaltung von Weihnachtsschaufenstern organisiert.

Die Teilnahme der Stadt Luxemburg am *Marché international professionnel de l'immobilier de commerce* (MAPIC) trägt ihre Früchte. Vergangenes Jahr war die Stadt Luxemburg als Beobachter auf der MAPIC-Messe vertreten, dieses Jahr als Aussteller. Die MAPIC bringt 800 Aussteller aus 42 Ländern und 4.000 Besucher zusammen. Die Beteiligung der Stadt Luxemburg ermöglicht es, direkten Kontakt zu den großen Handelsketten aufzunehmen und Gespräche zu führen, um diese Unternehmen für eine Ansiedlung in der Stadt Luxemburg zu gewinnen. Es ist uns z.B. gelungen, dass das Unternehmen „Action“ Filialen in Luxemburg eröffnet.

Mit dem *Design Hub* und dem *Design Market* wurde wichtige Instrumente geschaffen. Das Design Hub ist Teil der Strategie der Stadt, um Unternehmertum und Innovation zu fördern und junge Talente zu unterstützen, die sich im Design-Ökosystem Luxemburgs etablieren möchten und nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um sich selbstständig niederlassen zu können. Der Design Market fördert Kreativität und erlaubt es kreativen Designern, ihre Produkte vorzustellen und zu verkaufen. Das Design Hub in Hollerich ist ein Erfolg, so dass ein neues Design-Hub-Projekt im Stadtteil Dommeldingen angedacht ist.

Zu unterstreichen ist auch die Zusammenarbeit mit der nationalen Plattform *letzshop.lu*, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass der elektronische Handel es sehr einfach macht, von zuhause oder im Stau vom Auto aus einzukaufen. Viele Geschäftsleute wissen nicht, wie einfach und vorteilhaft es ist, sich auf der Plattform *letzshop.lu* anzumelden und sich so mehr Sichtbarkeit zu verschaffen.

Der *Luxembourg City Incubator* (LCI) ist ein 2017 von der Handelskammer gegründeter Startup-Inkubator, mit der Stadt Luxemburg als Hauptsponsor. Er zählt zu den größten Inkubatoren im „House of Startups“.

Im Folgenden will ich kurz auf den **Haushaltsentwurf 2026** eingehen. Finanzschöffe Mosar wird im Detail darauf zurückkommen. Ich werde mich auf verschiedene Projekte beschränken, auf die wir besonders stolz sein können.

Im Bereich der *Stadtentwicklung* möchte ich das Projekt „Nei Hollerich“ erwähnen. Die Stadt Luxemburg hat 650.000 € für Studien im Hinblick auf den Bau von 60 Wohnungen im Rahmen dieses PAP vorgesehen. Es handelt sich um ein neues Stadtviertel, in dem etwa 4.500 Einwohner leben und etwa 5.000 Menschen arbeiten werden. Zu nennen wären des Weiteren die Teilbebauungspläne „Laangfur“, „Faïencerie“ und das Wohnviertel „Stade“, an deren Entwicklung weitergearbeitet wird, und die nach und nach konkreter werden.

Schule/Erziehung: Im außerordentlichen Budget 2026 sind 29,4 Millionen Euro für den Bereich Schule und Erziehung vorgesehen, davon 10 Millionen Euro für das Projekt „Campus Dommeldingen“, das mit 5,6 Millionen Euro vom Innenministerium bezuschusst wird. 6,3 Millionen Euro sind für Reparatur- und Umbauarbeiten in Schulgebäuden vorgesehen.

Umwelt und Ökologie: Die Roadmap des Service Forêts wird weiter umgesetzt. In den kommenden fünf Jahren sollen 30.000 Bäume gepflanzt werden. Die Dienststelle hat auch Gelder für den Unterhalt der Felsen auf dem Stadtgebiet vorgesehen. Es handelt sich um wichtige Arbeiten, denn dadurch müssen die Touristen, die gerne das Petrusstal besuchen, keine Angst haben, dass ihnen Steine auf den Kopf fallen. Zu begrüßen ist auch, dass die Brasserie „S“ im Park von Gasperich ihre Türen geöffnet hat. Die Brasserie wird zu einem Treffpunkt und wird Leben in den Park und in das Stadtviertel bringen.

Kultur und Sport sind wichtige Aspekte für das Wohlempfinden der Einwohner und das Zusammenleben. Für das Konservatorium sind außerordentliche Ausgaben in Höhe von 8,4 Millionen Euro vorgesehen, davon 5,3 Millionen Euro für die Renovierung und Modernisierung des großen Auditoriums und 1,8 Millionen Euro für die Renovierung und Modernisierung des Michel-Rodange-Hauses in Clausen.

Für den Umbau der Kinemathek sind im Budget 2026 sechs Millionen Euro eingeschrieben. Die Gesamtkosten werden mit 43,6 Millionen Euro veranschlagt. Das Projekt umfasst die Sanierung des historischen Gebäudes und den Bau eines neuen Gebäudes im Innenhof. Es beinhaltet den Bau eines Saales mit bis zu 177 Plätzen, eines zweiten Saales mit 72 Plätzen, eines Schulungsraumes, der von Schulen und Vereinigungen genutzt werden kann, sowie einen gastronomischen Bereich, ebenfalls im Sinne einer weiteren Belebung.

Die außerordentlichen Ausgaben für die Sportdienststelle werden mit 48,3 Millionen Euro veranschlagt, von denen 19,6 Millionen Euro für den Sportkomplex in Hamm und 4,5 Millionen Euro für den Bau einer provisorischen Halle in Dommeldingen vorgesehen sind. Für Investitionszuschüsse im Sportbereich sind Mittel in Höhe von 10,7 Millionen Euro vorgesehen. Dadurch unterstützt die Stadt Luxemburg den Bau von Infrastrukturen durch die Vereine, die so ihre Infrastrukturen in kürzerer Zeit errichten oder renovieren können.

Mobilität: Der Ausbau des Tramnetzes wird fortgesetzt. Trotzdem braucht es weiterhin Parkplätze. Im Budget 2026 sind Startgelder zur Durchführung von Studien zur Renovierung und Modernisierung der Parkhäuser Theater, Wedell und Bouillon vorgesehen. Für den Bau der Fahrrad- und Fußgängerbrücke Cents-Neudorf-Weimershof sind im Budget 2026 13 Millionen Euro eingeschrieben.

Auf den Bereich Wohnungsbau und auf das Projekt für den Ausbau der Kläranlage Beggen ist Bürgermeisterin Polfer bereits eingegangen.

Auf die Konten 2024 und den berichtigten Haushalt 2025 wird Finanzschöffe Mosar eingehen.

Somit käme ich zur Schlussfolgerung. Ich bin in der Stadt Luxemburg aufgewachsen und auch meine Tochter wächst hier auf. Der Mehrwert einer Stadt ist nicht nur der Handel, sondern auch das Zusammenleben im Alltag. Ein Zusammenleben und eine Belebung der Stadt können wir durch Sport, Kultur, Erziehung, das Vereinsleben erreichen und selbstverständlich auch durch den Handel und den Horeca-Sektor. Die Mietkosten steigen, was dazu beiträgt, dass Bürger aus dem Stadtzentrum wegziehen. Indem wir in unsere Stadtzentren, unsere Stadtteile, unsere Infrastrukturen, aber auch in das Zusammenleben im Alltag investieren, können wir zur Belebung des Stadtzentrums beitragen und auch dazu, dass die Leute wieder ins Stadtzentrum zurückkehren. Indem wir unseren Handel, unsere Stadtteile und Straßen neu beleben, bringen wir neues Leben in unsere Stadt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Rätin Kaiffer für ihren Budgetbericht und für die optimistische

Schlussfolgerung. Wer weitere Informationen zu den Budgetzahlen haben möchte, findet diese im schriftlichen Budgetbericht. Das Wort hat nun Finanzschöffe Mosar.

3) Vorstellung des berichtigten Budgets 2025 und des Budgets 2026 durch Finanzschöffe Laurent Mosar

Schöffe Laurent MOSAR: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Schöffen- und Gemeinderates, liebe Vertreter der Presse! In meiner Funktion als Finanzschöffe gebührt mir die Ehre, ebenfalls auf die Budgetdokumente einzugehen. Ich würde den Haushalt 2026 als einen Haushalt der Stabilität in einer von Instabilität geprägten Welt bezeichnen. Die Einnahmen der Stadt Luxemburg sind sehr stabil. Das ambitionierte Investitionsprogramm wird fortgesetzt, insbesondere auf der Ebene der außerordentlichen Ausgaben.

Ich danke Budgetberichterstatterin Anne Kaiffer, die den Handel in den Mittelpunkt ihres sehr interessanten Berichtes gestellt hat. Als alteingesessene Geschäftsfrau ist sie zweifelsohne gut positioniert, zu wissen, wo der Schuh im städtischen Handel drückt. Die Budgetberichterstatterin hat eine interessante Analyse der Situation gemacht. Mir kommt es stets ein wenig so vor, als ob es sich mit dem lokalen Handel wie mit der Sicherheit verhält. Die Stadt Luxemburg steht an vorderster Front, verfügt aber nicht über alle notwendigen Zuständigkeiten. Der Bürgermeister einer Gemeinde ist nicht für die Erteilung der Handelsermächtigungen zuständig. Ich würde mir wünschen, zusammen mit der Regierung über die Möglichkeit, diesbezüglich die lokalen Autoritäten zu stärken, diskutieren zu können.

Mein Dank geht auch an die Finanzkommission und an ihren Präsidenten Claude Radoux, der die Kommission mit sehr viel Fingerspitzengefühl leitet. Selbstverständlich möchte auch ich mich bei unseren Dienststellen bedanken, insbesondere bei unserem Finanzdienst und bei unserem Service Recettes. Ein besonderer Dank geht an Bürgermeisterin Lydie Polfer und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Schöffenrat für die Geduld, die sie mir als Finanzschöffe entgegenbringen.

Die Stabilität der Einnahmen der Stadt Luxemburg habe ich bereits erwähnt. Fast jedes Jahr erreichen wir einen neuen Rekord. Im ordentlichen Budget 2026 sind Einnahmen in Höhe von 1,306 Milliarde Euro eingeschrieben. Im Vergleich zum rektifizierten Budget 2025 verzeichnen wir damit eine Progression von 0,6 Prozent. Die Einnahmen aus dem „Fonds de dotation globale des communes“ (FDGC) werden mit 846,4 Millionen Euro (+ 4,3 %) veranschlagt, die Einnahmen aus der kommunalen Gewerbesteuer mit 115,9 Millionen Euro (+ 1,6 %). Die Einnahmen aus dem FDGC sind auch im Zusammenhang mit der steigenden Einwohnerzahl zu sehen: Steigt die Zahl der Einwohner, steigt auch der Betrag, den wir aus dem gemeinsamen FDGC-Topf beziehen. Vor allem aber profitieren wir von sehr guten öffentlichen Finanzen. In den beiden letzten Jahren wurden auf Ebene der Einnahmen außergewöhnlich hohe Beträge erreicht, was zum einen darauf zurückzuführen ist, dass verschiedene auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg angesiedelten Betriebe hohe Steuern zahlen und zum anderen darauf, dass der Finanzplatz Luxemburg das Rückgrat unserer Wirtschaft darstellt und zu einem beachtlichen Teil dazu beiträgt, dass es uns in Luxemburg so gut geht.

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren sind jedoch nicht mehr so positiv. Für das laufende Jahr 2025 wird knapp ein Prozent erwartet – weitaus weniger als die 3 bis 4 Prozent, die wir in den vergangenen Jahren erreicht hatten, und weniger als der EU-Durchschnitt (1,6 %). Dies zeigt uns, dass der Wirtschaftsmotor in Luxemburg nicht mehr so gut dreht – eine Entwicklung, die es trotz allem grundsätzlichen Optimismus nicht außer Acht zu lassen gilt.

Hinzu kommt, dass unser Arbeitsmarkt an Proaktivität verliert. Nur bei der öffentlichen Hand (Staat und Gemeinden) ist noch eine Progression festzustellen. Weniger Arbeitsplätze bedeuten auch weniger Steuereinnahmen. Den KI-Faktor sollte man ebenfalls nicht außer Acht lassen. Auch wenn künstliche Intelligenz a priori etwas Positives ist, wird sie dazu führen, dass in den kommenden Jahren Arbeitsplätze abgebaut werden. Bei Amazon, einem der größten Arbeitgeber in Luxemburg, werden etwa 10 % der Belegschaft wegen KI wegfallen. Die KI wird sicherlich nicht dazu beitragen, dass die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren noch massiv ansteigen werden. Was die öffentlichen Einnahmen betrifft, ist es daher alles andere als sicher, dass wir wieder das hohe Niveau der vergangenen Jahre erreichen werden. Langsam, aber sicher werden wir uns darauf vorbereiten müssen, kleinere Brötchen zu backen – nicht nur auf nationaler, sondern wahrscheinlich auch auf lokaler Ebene.

Die Stadt Luxemburg wird weiterhin hohe Investitionen tätigen – und damit geben wir ein wesentliches Signal. Bei den außerordentlichen Ausgaben sind mehr als 700 Millionen Euro im Budget 2026 eingeschrieben. Die Stadt Luxemburg investiert massiv in Infrastrukturen. Wir haben einen neuen Rekord erreicht. Dies zeigt, dass die Stadt Luxemburg weiterhin sehr aktiv ist. Die Einwohnerzahl der Stadt steigt weiter, weshalb es wichtig ist, dass wir weiter in Infrastrukturen investieren. Viele Unternehmen führen Arbeiten im Auftrag der Stadt durch. So trägt die Stadt auch dazu bei, dass Arbeitsplätze abgesichert werden. Hohe Investitionsausgaben leisten demnach einen nicht unwesentlichen Beitrag für eine gute wirtschaftliche Stimmung im Land und in der Stadt Luxemburg.

Die Aussage, dass der Finanzplatz für unser Land und für die Stadt Luxemburg von großer Wichtigkeit ist, bleibt nach wie vor richtig. Die Gründe für Unternehmen, sich in Luxemburg niederzulassen, liegen nicht nur in den niedrigeren Steuern, sondern es spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Vor ein paar Wochen wurde die Stadt Luxemburg zusammen mit anderen Städten auf den sozialen Medien als lebenswerte Stadt genannt. Die gute Lebensqualität trägt ebenfalls dazu bei, dass viele Unternehmen aus dem Finanzsektor und anderen Sektoren sich gerne hier niederlassen. Demnach ist es wichtig, dass wir weiterhin in die Stadt, in Infrastrukturen investieren. Es ist häufig von Talentanziehungskraft die Rede. Talente wünschen sich anständige Wohnungen, eine gute Mobilität, Schulen, Schulfoyers, Kinderkrippen. Es ist demnach wichtig, dass wir die nötigen Gelder für Infrastrukturinvestitionen in die Hand nehmen. Ich nutze die Gelegenheit, um eine Lanze für Sportinfrastrukturen zu brechen. Auch Sportinfrastrukturen sind ein Attraktivitätsfaktor. Der Ausländeranteil in der Stadt Luxemburg liegt bei mehr als 70 Prozent. Unsere ausländischen Bürger wünschen sich, neben den klassischen Sportarten auch andere Sportarten ausüben zu können. Es ist von großer Wichtigkeit, dass die Stadt Luxemburg unter anderem ein ambitioniertes Leichtathletikstadion bauen wird.

Die Kommentare und Kritiken, die ich lese, finde ich ab und an etwas ärgerlich. Hört man verschiedenen Personen zu, könnte man meinen, die Stadt würde nur in den Bereich Sicherheit und in große Prestigeprojekte investieren und nicht in den sozialen Bereich. Ich möchte daher einige Zahlen nennen. Im Budgetentwurf 2026 sind für den sozialen Bereich 183.119.800 Euro eingeschrieben. Damit erreichen wir ein neues Rekordniveau (2025: rund 178 Millionen Euro). Die Progressionen schlüsseln sich wie folgt auf:

- Dienststelle „Senioren“: das Budget 2026 bleibt im Vergleich zu 2025 stabil;
- Dienststelle „Chancengleichheit“: 2025: 564.000 Euro, Budget 2026: 854.000 Euro;
- Dienststelle „kommunale Kinderkrippen“: 2025: 20.625.000 Euro, Budget 2026: 21.754.000 Euro;

- Dienststelle „Schulfoyers“: 2025: 60.769.000 Euro, Budget 2026: 62.696.000 Euro;
- Jugenddienststelle: 2025: 12 Millionen Euro, Budget 2026: 13,5 Millionen Euro;
- Dienststelle „Intervention sociale“: 2025: 17.900.000 Euro; Budget 2026: mehr als 20 Millionen Euro;
- Dienststelle „Intégration et besoins spécifiques“: 2025: 3.618.100 Euro, Budget 2026: 4.042.000 Euro.

In Bezug auf den Wohnungsbau regt mich auf, dass die Regierung ständig ankündigt, in VEFA-Projekte investieren zu wollen, doch werde ich das Gefühl nicht los, dass bisher nur die Stadt Luxemburg massiv in VEFA-Wohnungen investiert. Die Investitionen der Stadt in diese Projekte liegen bei 303 Millionen Euro – mehr als der Staat oder andere Gemeinden. Vorwürfe an die Adresse der Stadt Luxemburg, nicht genug in den sozialen Bereich und in VEFA-Wohnungen zu investieren, sind demnach fehl am Platze.

IT-Sicherheit und Cybersicherheit sind weitere Punkte, die uns beschäftigen. Auch die Stadt Luxemburg wird immer häufiger Opfer von Cyberangriffen. Die Sorge, IT-Sicherheit zu gewährleisten, schlägt sich auch im Budget nieder. IT-Sicherheit nimmt einen wichtigen Stellenwert ein, weshalb die Stadt in den kommenden Jahren auf Ebene der Personalressourcen in der Informatik-Dienststelle, vor allem aber auf Ebene der IT-Systeme massiv in die Sicherheit investieren wird. In den kommenden Monaten werden wir die NIS2-Direktive umsetzen müssen. In diesem Zusammenhang muss die Stadt nachweisen, dass sie alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sich proaktiv vor Cyberkriminalität zu schützen.

Die Absicherung von Geldzahlungen, die wir als Stadt tätigen, ist ebenfalls ein Thema, das uns beschäftigt. Die Stadt Luxemburg hat, bereits bevor die Caritas- Affäre ihren Lauf genommen hat, und in diesem Zusammenhang auch Vorwürfe gegen die Spuerkeess erhoben wurden, ein internes Audit in Auftrag gegeben, um zu prüfen, wie sicher unser Zahlungsverkehr ist. Infolge der Ergebnisse des Audits wurden Maßnahmen ergriffen, die nun umgesetzt werden. Ich bin gerne bereit, der Finanzkommission die Ergebnisse des internen Audits darzulegen. Eine Welt ohne Risiko gibt es bekanntlich nicht, weshalb auch eine Stadt Luxemburg trotz Vorsichtsmaßnahmen nicht vollständig vor Problemen gefeit sein wird. Die IT-Sicherheit wird in den kommenden Jahren zu den großen Herausforderungen zählen.

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass das Budget 2026 auf einem stabilen Fundament steht. Die finanziellen Reserven der Stadt Luxemburg lassen sich nach wie vor zeigen. Diese Reserven erlauben es uns, die von der Stadt geplanten ambitionierten Projekte umzusetzen. Allerdings, und dies sei erneut unterstrichen: Bei einem Budgetentwurf handelt es sich um eine Vorausschau, und wir alle wissen, dass ein internationales Ereignis die Welt durcheinanderrütteln kann, was auch Auswirkungen auf unser Budget haben kann. Wir leben in einer unsicheren Welt mit vielen Polykrisen, die früher oder später Auswirkungen auf unser Wachstum und auch auf die öffentlichen Finanzen haben können. Daher sollten wir uns stets bewusst sein, wie fragil unser Wohlstand ist – auch der Wohlstand der Stadt Luxemburg –, weshalb für den Schöffenrat und die Majorität Sicherheit und Vorsicht auch in den kommenden Jahren die Fundamente unserer Politik sein werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Finanzschöffe Mosar für seine ausführliche Intervention zu den Budgetunterlagen und für seinen tagtäglichen Einsatz im Interesse der Stadt und ihrer Bürger.

IV FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rätin Brömmel zur Initiative „Generation ohne Tabak“ der Krebsstiftung

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Mit der Initiative „Generation ohne Tabak“ verfolgt die Krebsstiftung (*Fondation Cancer*) das Ziel, Kindern und Jugendlichen von heute ein Aufwachsen in einer tabakfreien Umgebung zu garantieren, damit sie im Jahr 2040 die erste „tabakfreie Erwachsenengeneration“ sind. Die Gesundheitsschäden durch Nikotinkonsum sind allgemein bekannt. In Luxemburg engagieren sich 16 Gemeinden als „rauchfreie Gemeinden“. Damit unterstützen sie die nationale Strategie „Generation ohne Tabak“, deren Ziel es ist, die Zahl der Raucher bis 2040 auf unter fünf Prozent der Bevölkerung zu senken. Eine Gemeinde, die „Silber“-Partner der Charta „Generation ohne Tabak“ wird, verpflichtet sich z.B. dazu, dieses Thema in einer Veranstaltung, die innerhalb der Gemeinde stattfindet, zu integrieren, und Vereine und Sportclubs dafür zu sensibilisieren, ebenfalls zu dieser Strategie beizutragen. Alle notwendigen Informationen sind auf der Website der *Fondation Cancer* zu finden.

- Ist der Schöffenrat darüber informiert, dass die Stadt Luxemburg der Initiative „Generation ohne Tabak“ beitreten kann?
- Ist der Schöffenrat der Ansicht, dass die Stadt die Verantwortung hat, zur Prävention und zum Schutz vor den schädlichen Folgen des Tabak- bzw. Nikotinkonsums beizutragen?
- Ist der Schöffenrat bereit, insbesondere jungen Menschen in der Stadt dabei zu helfen, ihr Recht auf ein Aufwachsen in einer rauchfreien Umgebung auszuüben?
- Ist der Schöffenrat bereit, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Entnormalisierung des Tabakkonsums und zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung vor Passivrauchen beitragen?
- Beabsichtigt der Schöffenrat, das Label „Tabakfreie Gemeinde“ zu erhalten und damit die Strategie „Tabakfreie Generation“ zu unterstützen? Wenn ja, welches Engagement-Niveau (Bronze, Silber, Gold) wird angestrebt?
- Wird der Schöffenrat die Sozialkommission sowie die Kinder- und Jugendkommission beauftragen, den Beitritt zu „Generation ohne Tabak“ zu prüfen?

Schöffe Maurice BAUER: Ich finde es erstaunlich, dass eine solche Frage von einer politischen Partei gestellt wird, die vor einigen Jahren die Legalisierung von Cannabis unterstützt hat. Das erscheint mir ziemlich heuchlerisch.

Um die erste Frage zu beantworten: Ja, wir haben am 29. Januar 2025 Vertreter der Krebsstiftung empfangen, um über einen eventuellen Beitritt der Stadt Luxemburg zur Initiative „Generation ohne Tabak“ und die allgemeine Zusammenarbeit mit der Stiftung zu sprechen.

Wie jede Gemeinde hat auch die Stadt Luxemburg eine Verantwortung im Bereich der Prävention. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die gemäß der nationalen Gesetzgebung ergriffen werden müssen. So ist das Rauchen in den Büros und öffentlichen Räumen der kommunalen Gebäude verboten.

Die Stadt hat nicht auf die Kampagne „Generation ohne Tabak“ gewartet, um dazu beizutragen, dass junge Menschen

in einer rauchfreien Umgebung aufwachsen können. Seit 1998 organisiert sie in Zusammenarbeit mit der Krebsstiftung Sensibilisierungsaktionen, darunter die Abschlussfeier der „Mission Nichtraucher“ auf der Place d’Armes, die in Zusammenarbeit mit dem *Service Sports* der Stadt Luxemburg organisiert wird und an der jedes Jahr zahlreiche Schüler der Lyzeen des Landes teilnehmen. Am 9. Juni 2026 findet erneut eine große Sensibilisierungsaktion in der Innenstadt statt. Alle zwei Jahre organisiert die Stadt für ihre Mitarbeiter Sensibilisierungswochen mit Workshops und Schulungen zu den Themen Gesundheit und Sicherheit, in denen regelmäßig das Thema Rauchen behandelt wird. Die nächste Ausgabe findet im November 2026 statt.

Die Stadt engagiert sich also seit vielen Jahren konsequent und in Zusammenarbeit mit der Krebsstiftung im Kampf gegen das Rauchen, sodass wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit sehen, uns der genannten Initiative anzuschließen, um dieses spezielle Label zu erhalten. Die Frage, ob sich die Sozialkommission und die Kinder- und Jugendkommission mit diesem Thema befassen sollten, überflüssig. Wir können jedoch in einer Kommissionssitzung alles besprechen, was die Stadt in diesem Bereich unternimmt.

2) Frage von Rätin Brömmel zur Regelung des Zugangs externer Personen zu Schulen

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Die Erziehung zur Staatsbürgerschaft und zur politischen Teilhabe wird zu Recht als sehr wichtig für die junge Generation angesehen und beginnt bereits in der Grundschule. Dazu gehört auch der Kontakt der Schüler mit Politikerinnen und Politikern.

Gemäß Artikel 8 der abgeänderten großherzoglichen Verordnung vom 7. Mai 2009 «concernant les règles de conduite et l’ordre intérieur communs à toutes les écoles» muss der Bürgermeister vor jeder Intervention einer externen Person in einer Schule informiert werden und seine Zustimmung geben.

Im Juni 2025 wurde der Europaabgeordneten Tilly Metz (déi gréng) der Zugang zur Grundschule von Bonneweg verwehrt, obwohl Frau Metz vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Luxemburg im Rahmen des europäischen Projekts „Lego League“ ausdrücklich für diesen Auftritt ausgewählt worden war und die betreffende Lehrerin zuvor einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

Es ist festzustellen, dass andere Politikerinnen und Politiker, insbesondere Mitglieder des Schöffenrates, im Laufe des Jahres mehrfach in Grundschulen anwesend sind, z. B. im Rahmen von Workshops, Schulfesten, Baumpflanzungen oder anderen pädagogischen Aktivitäten.

- Kann uns der Schöffenrat Auskunft über die Anträge auf externe Interventionen geben, die in den Jahren 2023, 2024 und 2025 gestellt wurden? Wie viele Anträge gab es? Welche Schulen und welche Schulzylinder waren betroffen? Was waren die Themen bzw. Projekte, in deren Rahmen die externen Interventionen stattfanden?
- Welche Anträge wurden bewilligt und welche abgelehnt?
- Kann uns der Schöffenrat die Kriterien mitteilen, nach denen eine Genehmigung erteilt bzw. abgelehnt wurde? Sind diese Kriterien öffentlich?
- Werden alle Anträge auf die gleiche Art und Weise behandelt, unabhängig davon, ob es sich um Interventionen von Politikern oder Privatpersonen handelt? Wenn nicht, warum nicht?

- Wird im Falle einer Ablehnung dem Antragsteller (d. h. dem Lehrer bzw. dem externen Referenten) eine Begründung gegeben?
- Gilt dieses Verfahren auch für die Mitglieder des Schöffenrates? Wenn nein, warum nicht?
- Ist der Schöffenrat der Meinung, dass die Erziehung zur Staatsbürgerschaft und zur politischen Teilhabe in Luxemburg-Stadt verstärkt werden muss? Wenn ja, wie gedenkt er diese zu fördern?

Schöffe Paul GALLES: Diese Frage betrifft einen Fall, der schon lange zurückliegt. Damals habe ich mir die Zeit genommen, mit Frau Tilly Metz zu sprechen, um ihr zu erklären, dass die Ablehnung keine persönlichen Gründe hatte. Ich nehme an, dass Rätin Brömmel vor allem am Prinzip interessiert ist.

Alle Anträge auf Mitwirkung externer Personen in Schulen werden entweder an die Stadt oder an die Regionaldirektion gerichtet. Wenn einer dieser beiden Akteure Nein sagt, ist der Antrag abgelehnt. Im vorliegenden Fall wurde der Antrag an den Schöffenrat gerichtet. Er wurde abgelehnt, da wir nach dem Grundsatz „keine politischen Parteien in der Schule“ handeln.

Unsere zuständige Dienststelle führt keine Liste der Anträge, zum einen aufgrund des damit verbundenen Arbeitsaufwands und zum anderen aufgrund der Tatsache, dass viele Anträge an die Regionaldirektion gerichtet werden, so dass zwei Listen geführt werden müssten. Ich kann jedoch einige Beispiele nennen. Die Anfragen kommen z.B. von Studierenden, Ergotherapeuten oder Psychomotorikern. Es besteht eine Zusammenarbeit mit externen Partnern wie dem „Kannerhaus“ oder „Elisabeth“. Die Anfragen können von verschiedenen Fachleuten kommen, insbesondere von Vertretern von Kompetenzzentren. Es kann sich auch um therapeutische Interventionen, kulturelle Themen, Präventionsmaßnahmen („Bee Secure“, Polizei usw.) oder Aktivitäten im Rahmen der „Elternschule“ handeln.

Die Stadt erteilt immer dann ihre Zustimmung, wenn sie es für wünschenswert und angemessen hält, dass die betreffende Person Zugang zu einem Schulgebäude erhält. Die Regionaldirektion muss ebenfalls ihre Zustimmung geben und dabei sicherstellen, dass die betreffende Maßnahme einen Bezug zum Lehrplan hat. Die Regionaldirektion hat das letzte Wort in Bezug auf Interventionen während der Unterrichtszeit. Wenn die Gemeinde einer Person jedoch den Zugang verweigert, respektiert die Regionaldirektion diese Entscheidung.

Anders verhält es sich mit den Vertretern des Schöffen- und Gemeinderates, die im Rahmen ihrer politischen Tätigkeiten und Zuständigkeiten Zugang zu den Gebäuden und Schulhöfen haben, jedoch immer die Genehmigung der Regionaldirektion einholen müssen, wenn der Besuch während der Unterrichtszeit stattfindet. Wenn ich als Schulschöffe aus irgendeinem Grund während der Unterrichtszeit ein Schulgebäude betreten muss – was ich a priori nur in Notfällen tue –, frage ich zuvor die Genehmigung der Regionaldirektion an. Wenn ich ein Schulgebäude außerhalb der Unterrichtszeit betrete, informiere ich die Regionaldirektion darüber, auch wenn dies eigentlich nicht erforderlich wäre.

Das Thema der politischen Bildung und die Beteiligung von Kindern liegt dem Schöffenrat besonders am Herzen, geht aber weit über die Frage der Intervention politischer Parteien in der Schule hinaus. Im Stadtteil Gare wurde in Zusammenarbeit mit der Up-Foundation das Projekt „MEGARE“ ins Leben gerufen. Dieses Projekt wird uns grundlegende Informationen darüber liefern, was wir auch in anderen Stadtteilen anbieten können, um Kinder stärker einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, sich in ihrem Stadtteil mehr zu Hause zu fühlen. Meiner Meinung nach hat politische Beteiligung zwei Aspekte:

zum einen, dass wir Kinder zu allem, was sie betrifft, um ihre Meinung fragen, und zum anderen die Vermittlung von Wissen. Wir wollen schrittweise im Schulzyklus 3.2 (d. h. im „vierten Schuljahr“) eine „Beteiligungskette“ einrichten. Dabei handelt es sich um das Pilotprojekt #menggemeng. Im Rahmen dieses Projekts kommen die Klassen ins Rathaus und erhalten Informationen über die Funktionsweise der Gemeinde, können sich aber auch zu ihrem Stadtteil und ihren Wünschen äußern. Das Projekt umfasst auch einen kleinen Workshop, der in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für politische Bildung“ organisiert wird und sich mit der Sichtweise der Kinder auf die Stadt als Ganzes befasst. Wir haben gute Erfahrungen mit dem Pilotprojekt gemacht und möchten es nun weiterentwickeln, damit die Kinder verstehen, dass sie Teil einer Stadt sind und dass ihr Stadtteil eine wichtige Rolle in der Gemeinde spielt. Im Zyklus 4.1 möchten wir Konferenzen für Kinder organisieren und „Stadtteilräte“ einführen, um den Kindern die Möglichkeit zu geben, sich zu ihren Stadtteilen zu äußern. Im Zyklus 4.2 gibt es bereits Abschiedsfeiern, mit denen wir den Kindern einen schönen Abschluss ihrer Grundschulzeit bieten, ihnen für die Zeit danken möchten, die sie bei uns verbracht haben, und ihnen zeigen möchten, dass sie in unserer Gemeinde willkommen sind. Das ist ein kurzer Überblick über das, was die Gemeinde zusätzlich zum Programm des Bildungsministeriums anbietet.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Können Sie bestätigen, dass die von mir in meiner Frage erwähnte Verordnung Anwendung findet?

Schöffe Paul GALLES: Ja, diese Verordnung findet Anwendung.

3) Frage von Rat Benoy bezüglich der flächendeckenden Einführung einer roten Markierung für Radwege

Rat François BENOY (déi gréng): Um den Anteil des Fahrrads am Gesamtverkehrsaufkommen in der Hauptstadt zu erhöhen, was zu den Zielen des Mobilitätsplans der Stadt gehört, ist es unerlässlich, eine vom motorisierten Verkehr und von den Fußgängern getrennte Fahrradinfrastruktur zu entwickeln. Allerdings kann bereits heute ein durch eine charakteristische Farbe deutlich gekennzeichneter Radweg zur Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer beitragen.

Mobilitätsministerin Yuriko Backes hat mehrfach betont, dass sie vom Nutzen roter Fahrbahnbeläge auf Radwegen überzeugt ist und diesen Ansatz „so weit wie möglich“ umsetzen und allgemein einführen möchte. Die DP-Ministerin bezieht sich auf eine repräsentative Umfrage des Mobilitätsministeriums aus dem Jahr 2023, wonach 71 % der Autofahrer und 80 % der Radfahrer eine solche Maßnahme befürworteten, da sie der Meinung waren, dass eine auffällige visuelle Kennzeichnung, wie sie in den Niederlanden verwendet wird, dazu beitragen würde, die Fahrradinfrastruktur besser zu erkennen und zu respektieren.

Die Regierung hat in den Gemeinden Esch/Alzette und Hesperingen (Howald) längere, durchgehende Abschnitte von rot markierten Radwegen eingerichtet, während in Luxemburg-Stadt rote Markierungen nur an besonders gefährlichen Stellen benutzt werden.

Wie steht die Stadt Luxemburg zu den Aussagen der Ministerin bezüglich der „möglichst weitgehenden“ Verwendung eines roten Belags auf Radwegen?

- Teilt die Stadt die Ansicht, dass diese Maßnahme zu einer Verbesserung der Sicherheit beiträgt, insbesondere an gefährlichen Kreuzungen, aber auch entlang von Radwegen, die (ohne Abtrennung) parallel zu Straßen verlaufen?

- Wurde bereits eine Analyse zur Umsetzung dieser Art von Markierungen auf dem Stadtgebiet durchgeführt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie sieht der voraussichtliche Zeitplan aus? Welche konkreten Maßnahmen sind kurz-, mittel- und langfristig geplant?

Hier sind einige Beispiele für Stellen, die uns für Radfahrer sehr gefährlich erscheinen und an denen dringend eine rote Markierung angebracht werden sollte:

- Einbahnstraßen, die für Radfahrer in Gegenrichtung geöffnet sind (z. B. Côte d'Eich im Stadtzentrum, Rue de la Fonderie und Rue Adolphe Fischer);
- die gesamte Avenue de la Gare, insbesondere im Bereich der Bushaltestelle (Richtung Hauptbahnhof) und an der Kreuzung mit der Rue Bourbon;
- Boulevard Roosevelt (insbesondere in der Nähe der britischen Botschaft);
- Avenue de la Liberté (insbesondere an den Kreuzungen mit der Rue Dicks und der Rue de la Grève sowie an der Place de Paris);
- Rue de Bonnevoie (ab der Rocade / den Rotunden) und Rue du Laboratoire (entlang des Verwaltungsgebäudes „Rocade“ der Stadt Luxemburg);
- Avenue Marie-Thérèse: auf dem Abschnitt zwischen der Kreuzung mit dem Boulevard Prince Henri und der Kreuzung mit dem Boulevard Royal (Place de Bruxelles, wo sich ein sehr schwerer Unfall ereignet hat);
- Boulevard Patton;
- Rue des Aubépines;
- Boulevard Pierre Dupong;
- Route d'Esch (ab der „Porte de Hollerich“, insbesondere entlang des „Gaasperecherbierg“).

Ich könnte die Liste der besonders gefährlichen Stellen auf dem Stadtgebiet noch fortsetzen. Wie ich bereits vorgeschlagen hatte, müssten die Markierungen nicht rot sein, sondern können auch grün (wie in Frankreich) oder blau sein.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich über den Fortschritt des integrierten Konzepts für sanfte Mobilität zu informieren, mit dem das Büro Gehl beauftragt wurde. Das betreffende Konzept war ursprünglich für Ende Juni 2025 vorgesehen, wurde aber noch immer nicht veröffentlicht. Ist die Ausarbeitung dieses Konzepts abgeschlossen? Wann wird es veröffentlicht? Wird es vollständig verfügbar gemacht und veröffentlicht, wie es der Mobilitätschöffe mehrfach versprochen hat?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Seit vielen Jahren verfolgt die Stadt Luxemburg die Politik, rote Markierungen nur an besonders gefährlichen Stellen anzubringen. Und daran halten wir fest. Der erste Grund dafür ist, dass wir die Farbe Rot nicht banalisieren wollen, denn die Autofahrer wissen, dass sie an rot markierten Stellen besonders aufmerksam sein müssen. Ein zweiter Grund ist, dass wir die städtische Umgebung berücksichtigen wollen: Die Farbe Rot eignet sich besser außerhalb von Ortschaften als innerhalb, insbesondere in Zonen mit historischen Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen oder in geschützten Sektoren liegen.

Die Tatsache, dass wir die Farbe Rot weiterhin nur an besonders gefährlichen Stellen verwenden, schließt jedoch die Verwendung anderer Farben nicht aus. So hat der Schöffenrat beschlossen, neue Radwege blau zu markieren – wie in

Kopenhagen, wo das Planungsbüro Gehl seinen Sitz hat –, um sie sowohl für Autofahrer als auch für Fußgänger besser sichtbar zu machen. Die blauen Markierungen werden für neu angelegte Radwege verwendet, aber auch auf der bestehenden Route in der Avenue de la Gare, wo ein hohes Konfliktpotenzial zwischen Radfahrern und Fußgängern besteht.

Rat Benoy nannte mehrere andere Stellen in der Stadt, an denen seiner Meinung nach rote Markierungen erforderlich wären. In Einbahnstraßen, die für Radfahrer im Gegenverkehr geöffnet sind, sind keine farbigen Markierungen möglich, da es sich dabei um eine „gemischte“ Situation handelt und die ministeriellen Richtlinien für die Beschilderungen und Markierungen strikt eingehalten werden. In der Rue de Bonnevoie und am Boulevard Patton gibt es separate Radwege, sodass keine gefährliche Situation besteht, die eine farbige Markierung rechtfertigen würde. In der Rue des Aubépines, der Route d'Esch und am Boulevard Pierre Dupong befinden sich lediglich Angebotsstreifen, die nicht rot markiert werden können, da auch Autofahrer den betreffenden Teil der Fahrbahn nutzen können und Markierungen in dem Fall nur Verwirrung stiften würden. Dagegen wurden im Jahr 2023 auf dem Abschnitt der Avenue Marie-Thérèse zwischen dem Boulevard Prince Henri und der Place de Bruxelles rote Markierungen angebracht, um Autofahrer, die die Spur wechseln, auf die Anwesenheit von Radfahrern aufmerksam zu machen.

Was das Konzept für sanfte Mobilität betrifft, so handelt es sich zum einen um den in Ausarbeitung befindlichen Bericht und zum anderen um konkrete Maßnahmen, die dem Schöffenrat vorgelegt wurden und die wir im Januar 2026 der Mobilitätskommission vorstellen werden. Dazu gehören Verbesserungen für eine Reihe von Orten, die Rat Benoy in seiner Frage erwähnt hat. Der Service *Circulation* arbeitet bereits in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen kommunalen Dienststellen an einem Zeitplan für die rasche Umsetzung verschiedener Maßnahmen im Laufe des Jahres 2026.

Ich möchte betonen, dass uns die Sicherheit sehr am Herzen liegt und dass es keineswegs gefährlich ist, in der Stadt Luxemburg Fahrrad zu fahren. Zwar sind Verbesserungen erforderlich, doch immer mehr Menschen benutzen das Fahrrad. In den vergangenen 18 Monaten gab es keinen tödlichen Unfall zu beklagen, und ich hoffe, dass dies noch viele Jahre so bleiben wird. Wir werden in den kommenden Monaten und Jahren weiter an der Verbesserung der Fahrradinfrastruktur arbeiten.

Rat François BENOY: Ich danke dem Schöffenrat für die angekündigten Verbesserungen. Allerdings hat Schöffe Goldschmidt meine Frage zum Konzept für sanfte Mobilität, das vom Büro Gehl ausgearbeitet wird, nicht beantwortet. Wird dieses Konzept vollständig veröffentlicht werden, wie es bei der Studie für den Stadtteil Kirchberg der Fall war?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Sobald das Konzept fertiggestellt ist und im Schöffenrat diskutiert wurde, werden wir dem Gemeinderat unsere Schlussfolgerungen mitteilen. Es wird noch ausreichend Gelegenheiten geben, darüber zu diskutieren.

4) Frage von Rätin Muller zu einer neuen Software für die Verwaltung des Programms „Sports pour tous“

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): „Sports pour tous“ ist ein großartiges Programm, das die Stadt Luxemburg ihren Bürgern und sogar Einwohnern anderer Gemeinden anbietet. Seit etwa zehn Jahren verzeichnet die Stadt ein starkes Bevölkerungswachstum, sodass die Zahl der Personen, die sich für die mehr als 200 Kurse anmelden möchten, kontinuierlich steigt. Probleme treten beim Anmeldesystem auf. Die dafür verwendete Software scheint veraltet zu sein, da das Personal, das ansonsten hervorragende Arbeit leistet, nicht

mehr in der Lage ist, innerhalb einer angemessenen Frist Informationen über die Anmeldungen und zur Zahlung der Anmeldegebühren bereitzustellen. Die Kursleiter, die anmeldeten Personen und diejenigen, die sich noch anmelden wollten, wussten Ende Oktober nicht, wie viele Personen tatsächlich angemeldet und zur Teilnahme an den jeweiligen Kursen berechtigt waren. Es ist jedoch wichtig, die endgültige Anzahl der Anmeldungen zu kennen, nicht nur wegen der aus Sicherheitsgründen begrenzten Kapazität der Sportanlagen, sondern auch wegen der Tatsache, dass die Teilnehmerzahl für bestimmte Kurse, z. B. „Aquagym“, begrenzt ist. Diese Situation hat bei vielen Personen zu einer gewissen Unzufriedenheit geführt, zumal sie die Anmeldegebühren für die gesamte Saison bezahlt hatten.

Da die betreffenden Aktivitäten eine äußerst wichtige Rolle für das Zusammenleben in unserer Stadt spielen und es wichtig ist, die Gesundheit der gesamten Bevölkerung zu fördern, einschließlich der älteren und gebrechlichen Menschen, haben wir folgende Fragen:

- Ist dem Schöffenrat bekannt, dass die für „Sports pour tous“ zuständige Abteilung des Service Sports mit IT-Problemen zu kämpfen hat?
- Beabsichtigt die Stadt Luxemburg, eine neue Software einzusetzen, um die betroffenen Personen schneller über ihre Anmeldung zu informieren?
- Wie sehen die aktuellen Prozeduren für die Anmeldung zu den Kursen und die Zahlung der Anmeldegebühren aus?
- Wie und von wem wird die Kontrolle der Anmeldungen zu den verschiedenen Kursen durchgeführt?

Schöffin Simone BEISSEL: Das Programm „Sports pour tous“ erfreut sich wachsender Beliebtheit. Wir bieten mehr als 160 Kurse (in Sporthallen und im Freien) an. In Luxemburg-Stadt gibt es mehr als 190 Sportvereine. Die Infrastrukturen sind täglich von 6 bis 23 Uhr zu 98 % ausgebucht. Für den Service Sports wird es immer schwieriger, allen Anmeldungen stattzugeben.

Im Jahr 2023 schlug der Service Sports eine Abänderung des Taxenreglements in Bezug auf die Anmeldegebühren vor. Die Umsetzung erforderte eine Reihe von Anpassungen auf administrativer Ebene und bei der verwendeten Software. Eine Firma, mit der die Stadt seit vielen Jahren zusammenarbeitet, hat die notwendigen Änderungen vorgenommen, und die neuen Tarife gelten seit diesem Jahr. Wie jedes Jahr haben die Kurse am 1. Oktober begonnen. Bereits in der darauf folgenden Woche wurde mir mitgeteilt, dass die Einführung der neuen Software und die erforderlichen administrativen Anpassungen zu Verzögerungen geführt hatten, unter anderem beim Versand der Rechnungen. Nach einer Intervention des Innenministeriums werden die Rechnungen heute nicht mehr – wie es seit Jahrzehnten gehandhabt worden war – vom Service Sports verschickt, sondern von der Recette communale, die ohnehin schon viel Arbeit hat. Die Tausenden von Rechnungen, die im Rahmen des Programms „Sports pour tous“ verschickt werden, stellen eine nicht unerhebliche zusätzliche Belastung dar.

Grundsätzlich sind Anmeldungen nun nur noch über die Website der Stadt oder über *myguichet.lu* möglich, außer für Senioren, die sich weiterhin mit einem Papierformular anmelden können. Die Anmeldungen erfolgen in der folgenden Reihenfolge: ab dem 8. September für Einwohner der Stadt Luxemburg, ab dem 17. September für Einwohner der umliegenden Gemeinden und ab dem 24. September für alle anderen Personen.

Die eingegangenen Anmeldungen werden strikt nach Datum und Uhrzeit des Eingangs bearbeitet, unabhängig davon, ob

die betreffende Person bereits für einen Kurs angemeldet war oder nicht und unabhängig vom Gesundheitszustand der betreffenden Person. Wenn ein Platz verfügbar ist, die Formulare ordnungsgemäß ausgefüllt sind und die angegebenen Informationen korrekt sind, erhält der Antragsteller eine positive Antwort.

Im Gegensatz zu den allgemeinen Kursen (insbesondere den „Aquagym“-Kursen) sind in den speziellen Kursen für Menschen mit Gesundheitsproblemen in der Regel noch Plätze frei. Die Kursleiter überprüfen die Anmeldelisten vor Kursbeginn. Wenn in einem Kurs ein Platz frei wird, wird die nächste Person auf der Liste per E-Mail (bzw. per Post, wenn es sich um Senioren handelt) benachrichtigt.

Die Kontrolle erfolgt also auf mehreren Ebenen: durch den Service Sports, durch die *Recette communale* und durch die Trainer der betreffenden Kurse.

Die Nachfrage war dieses Jahr so groß, dass viele Interessierte leider keinen Platz in den gewünschten Kursen bekommen haben. Sie wurden auf die Warteliste gesetzt. Wir verbessern ständig die Sportanlagen der Stadt und planen den Bau neuer Sporthallen und Schwimmbäder. Wir tun unser Bestes, um den Bürgern ein optimales Kursangebot für ihre Gesundheit zu bieten.

V VERKEHR

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Es sind immer mehr Radfahrer unterwegs. Auf eine Frage von Rat Benoy hat Schöffe Goldschmidt geantwortet, dass es derzeit keinen Bedarf an weiteren Fahrradboxen gebe. Ich nutze die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Fahrradbox in Bonneweg voll ausgelastet ist – was nicht verwunderlich ist, denn in Bonneweg verfügen viele Häuser nicht über eine Garage. Wäre es möglich, zu prüfen, ob in Bonneweg weitere Fahrradboxen geschaffen werden könnten?

Was den Radweg in der Avenue Marie-Thérèse in Richtung Stadtzentrum betrifft, würden wir es für sinnvoll halten, die Bereiche für Radfahrer und Fußgänger durch Markierungen voneinander zu trennen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Unsere Fraktion wird sich wie üblich bei jenen Reglements, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, enthalten.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Ich werde die Anliegen von Rat Back berücksichtigen. Im Januar kommenden Jahres wird der Schöffenrat dem Gemeinderat konkrete Vorschläge zum Radweg in der Avenue Marie-Thérèse unterbreiten.

Die Verkehrsregelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen umfassen, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären und definitiven Änderungen am kommunalen Verkehrsreglement werden einstimmig gutgeheißen.

VI KONVENTIONEN

- 1) Die Luxemburger Eisenbahngesellschaft (CFL) tritt unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) von 0,46 Ar in der Rue de la Déportation an die Stadt ab. Zweck: Abrundung des kommunalen Besitzes.

- 2) Eine Privatperson tritt unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,37 Ar gelegen im Ort genannt „Knäppchen“ (Rollingergrund) an die Stadt ab. Zweck: Bau einer kommunalen Straße.
- 3) Die Gesellschaft „Foncière Sàrl“ tritt unentgeltlich ein Grundstück („place“) mit einer Fläche von 1,57 Ar im Ort genannt „Knäppchen“ (Rollingergrund) sowie einen 0,02 Ar großen Teil einer Parzelle („place voirie“) an die Stadt ab. Zweck: Bau einer kommunalen Straße.
- 4) Die Miteigentümer der Wohnresidenz Da Gama treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,05 Ar in der Rue Lucien Thiel an die Stadt ab. Zweck: Einbindung der Parzelle in das öffentliche Straßennetz.
- 5) Die Stadt Luxemburg tritt unentgeltlich ein Grundstück („place“) mit einer Fläche von 0,01 Ar in der Rue Lucien Thiel an die Miteigentümer der Wohnresidenz Da Gama ab. Zweck: Einbindung der Parzelle in das öffentliche Straßennetz.
- 6) Die Stadt erwirbt von mehreren Privatpersonen zwei Grundstücke („terre labourable“) mit einer Fläche von 28,40 bzw. 40 Ar im Ort genannt „Grauhans“. Preis: 410.400 €. Zweck: Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, z.B. Sportanlagen.
- 7) Die Stadt erwirbt von einer Privatperson ein Grundstück („terre labourable“) mit einer Fläche von 55 Ar im Ort genannt „Im Kirchengrund“. Preis: 550.000 €. Zweck: Realisierung von Projekten im öffentlichen Interesse auf dem Plateau de Hamm.

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 8) Die Stadt erwirbt von zwei Privatpersonen ein Wohnhaus mit allen dazugehörigen Nebengebäuden auf einem Grundstück („place (occupée) bâtiment à habitation“) von 17,15 Ar gelegen 53, Val de Hamm. Preis: 2.350.000 €. Zweck: Begrenzung von Hochwasserrisiken.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Ich meine mich zu erinnern, dass die Antwort auf eine von Rat Benoy gestellte Frage lautete, dass die Gebäude abgerissen werden und dort kein Neubau entstehen soll. In der Konvention lesen wir, dass Sinn und Zweck des Erwerbs eine „limitation des risques d'inondation et une mise en place d'une rétention d'eau“ seien. Gibt es ein Projekt für den Bau eines Regenrückhaltebeckens oder ist damit eine natürliche Wasserspeicherung gemeint?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Bau eines offenen Rückhaltebeckens war hinter der Halle geplant. Da das nationale Wasserwirtschaftsamt und die nationale Straßen- und Brückenbaubehörde sich in Bezug auf das Projekt nicht einig waren, wurde dieses nicht umgesetzt. Allerdings hätte das geplante Rückhaltebecken die Regenmassen, die vor wenigen Monaten niedergegangen sind, ohnehin nicht vollständig auffangen können. Sind die Gebäude erst einmal abgerissen, ist die Situation eine ganz andere, weil das Grundstück dann ein natürliches Rückhaltebecken darstellen wird. Das Kanalamt der Stadt Luxemburg, die nationale Straßen- und Brückenbaubehörde und das nationale Wasserwirtschaftsamt werden sich der Planung annehmen.

Diese Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 9) Die Stadt erwirbt von drei Privatpersonen ein Wohnhaus gelegen 51, Val de Hamm, auf einem Grundstück

(„place (occupée) bâtiment à habitation“) von 7,45 Ar sowie zwei dazugehörige Gärten mit einer Fläche von 6,11 bzw. 0,73 Ar. Preis: 1.900.000 €. Zweck: Begrenzung von Hochwasserrisiken.

Diese Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 10) Die Stadt erwirbt von Privatpersonen drei Grundstücke („terre labourable“) mit einer Gesamtfläche von 193,70 Ar zum Preis von 1.259.050,02 €. Es handelt sich um eine Parzelle von 9,90 Ar im Ort genannt „Auf der Weihhoech“, eine weitere Parzelle von 179,49 Ar im Ort genannt „Auf der Ronnheck“ und eine von 4,31 Ar im Ort genannt „Am Rodenbusch“. Zweck: Bau des « Centre de remisage et de maintenance du tramway » im Stadtteil Cloche d'Or.
- 11) Die Stadt erwirbt von einer Privatperson zwei Grundstücke („terre labourable“) mit einer Fläche von 56,74 bzw. 13,95 Ar im Ort genannt „In Bruechen“. Preis: 394.617,50 €. Zweck: Bau des „Centre de remisage et de maintenance du tramway“ im Stadtteil Cloche d'Or.
- 12) Die Stadt erwirbt von mehreren Privatpersonen drei Grundstücke („terre labourable“) mit einer Gesamtfläche von 63,07 Ar zum Preis von 409.955,04 €. Es handelt sich um eine Parzelle von 4,82 Ar im Ort genannt „In Belgrad“, eine von 12,37 Ar im Ort genannt „Auf der Weihhoech“ und eine von 45,88 Ar im Ort genannt „Am Rodenbusch“. Zweck: Bau des „Centre de remisage et de maintenance du tramway“ im Stadtteil Cloche d'Or.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Im Hinblick auf den Bau des „Centre de remisage et de maintenance du tramway“ (CRM) im Stadtteil Cloche d'Or erwirbt die Stadt zum voraussichtlichen Preis von 2.063.622 Euro insgesamt 3,27 Hektar Land von unterschiedlichen Eigentümern. Es ist zu begrüßen, dass das Projekt vorankommt. Deckt dieser Ankauf alle dafür benötigten Grundstücke ab? Ist die Stadt Luxemburg alleiniger Besitzer des Gesamtareals oder sind auch der Staat bzw. Luxtram im Besitz von Grundstücken? Bleiben die von der Stadt Luxemburg erworbenen Grundstücke in ihrem alleinigen Besitz oder sollen sie an Luxtram verpachtet oder verkauft werden? Warum hat die Stadt Luxemburg die Terrains erworben und nicht der Staat oder Luxtram?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Das CRM auf Kirchberg ist in staatlichem Besitz. Die Stadt Luxemburg hatte sich bereit erklärt, sämtliche für die Umsetzung des CRM-Projektes benötigten Grundstücke zu erwerben. Es fehlen uns noch einige wenige Parzellen. Ich nutze die Gelegenheit, um allen zu danken, die ihr Grundstück für ein Projekt im öffentlichen Interesse an die Stadt verkauft haben, denn es ist wichtig, dass die schnelle Tram nach Süden gebaut werden kann.

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 13) Die Stadt verkauft einer Privatperson ein Grundstück („place“) mit einer Fläche von 0,11 Ar in der Rue Georges Clemenceau. Preis: 7.900 €. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodensituation.
- 14) Die Stadt tritt mehreren Privatpersonen ein Grundstück („bois“) von 7,13 Ar im Bereich der Rue du Kiem zum Preis von 3.565 € ab. Im Gegenzug treten die betreffenden Personen ein Grundstück („terre labourable“) von 48 Ar im Ort genannt „Grauhans“ zum Preis von 288.000 € an die Stadt ab. Ausgleichszahlung zugunsten der Privatpersonen: 284.435 €. Zweck: Erwerb von Grundstücken am Standort „Grauhans“, um dort öffentliche

- Einrichtungen (Sport- oder Freizeiteinrichtungen) zu errichten.
- 15) Die Stadt Luxemburg verkauft einer Privatperson per Erbpachtvertrag ein Apartment (54,89 qm) mit technischem Lokal (0,69 qm), Abstellraum (0,69 qm), Eingangsbereich (2,75 qm) und Keller (20,24 qm) in der Wohnresidenz „Descartes“ (Rue Leonardo da Vinci). Preis: 293.851 € plus Zahlung einer jährlichen Gebühr von 304,24 € (indexgebunden) für das Erbbaurecht. Zweck: Bereitstellung von Wohnungen.
- 16) Die Gesellschaft Wenkelhiel S.A. vermietet ein Grundstück gelegen 126, Rue Adolphe Fischer mit einem Depot (Lagerfläche von 465 qm) an die Stadt, die dort insbesondere aus Zwangsräumungen stammendes Material lagern wird. Miete: 6.750 € pro Monat (indexgebunden) ohne Nebenkosten.

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 17) Zusatzvertrag zur Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und dem „Orchestre de Chambre du Luxembourg a.s.b.l.“ (OCL) bezüglich der finanziellen Beteiligung der Stadt Luxemburg für das Jahr 2025. In seiner Sitzung vom 10. Juni 2022 hatte der Gemeinderat diese Konvention verabschiedet. Im Gegenzug für den finanziellen Beitrag der Stadt verpflichtet sich das Orchester, der Öffentlichkeit ein qualitativ hochwertiges Kulturprogramm anzubieten. Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, einen Zuschuss von 325.359 € für das Jahr 2025 zu genehmigen und die Artikel 8 bis 11 der Konvention abzuändern.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Es ist zu begrüßen, dass es der Stadt Luxemburg immer wieder gelingt, mit flotten Orchestern (OPL, OCL) sowie mit anderen Organisationen unsere Stadt zu beleben und Kultur überall hinzubringen, Orchestern die Möglichkeit zu bieten, im Grand Théâtre und in der Kinemathek zu spielen. Es ist zu begrüßen, dass wir ihnen immer wieder Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und sie unterstützen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Die Stadt Luxemburg und das OCL sind seit 2022 Partner. Für das Jahr 2025 liegt die Unterstützung bei 325.000 Euro – ein beachtliches Budget angesichts der Tatsache, dass das Orchester weitere Unterstützer hat. Betrifft der Zusatzvertrag nur leichte Anpassungen im Hinblick auf eine transparentere und effizientere Buchhaltung oder werden auch Änderungen in Bezug auf das Mitspracherecht der Stadt an der Programmgestaltung vorgenommen?

In der Konvention wird auch die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen angesprochen, mit dem Ziel, ihnen klassische Musik näher zu bringen. Im Jahr 2023 gab es eine „Résidence d'artistes“ in der „International School Luxembourg“. Im Jahr 2024 haben neun Grundschulklassen (aus den Schulen Rue Demy Schlechter und Rue Gaston Diderich) mit dem Orchester zusammengearbeitet. Es sollten auch Schulen und Foyers aus „populäreren“ Stadtteilen die Chance erhalten, mit dem OCL zusammenzuarbeiten. Auch könnte das Orchester als Mediator dienen, um den Kontakt mit den Menschen, die Anrecht auf den „Kulturpass“ haben, zu erleichtern.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Vielen Dank für die positiven Stellungnahmen. Da das OCL auch Konventionen mit anderen Partnern abschließt, war es sein Anliegen, die Bestimmungen der Konvention präziser zu formulieren. So wird festgehalten, dass die Stadt alle Dokumente prüfen kann, die sie zur Überprüfung der Bestimmungen dieser Vereinbarung für

wesentlich hält. Damit soll sichergestellt werden, dass das zur Verfügung gestellte Geld für den vorgesehenen Zweck genutzt wird – auch, wenn wir keinen Grund haben, das Gegenteil anzunehmen. Im Gegensatz zu der mit dem OPL (Orchestre Philharmonique du Luxembourg) abgeschlossenen Konvention sind die Bestimmungen bezüglich der Organisation der einzelnen Auftritte hier weniger präzise gehalten.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Für 2025 ist eine Unterstützung in Höhe von 325.000 € vorgesehen. Wie geht die Stadt bei der Festlegung der jährlichen Unterstützung vor?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Betrag richtet sich nach dem, was wir angesichts der Anfrage des Orchesters für angebracht halten. Gerne leiten wir den Vorschlag von Rätin Brömmel, in den verschiedenen Stadtteilen ein breitgefächertes Angebot anzubieten, an das Orchester weiter. Die Zusammenarbeit mit dem OCL funktioniert so, wie ich mir Kulturpolitik vorstelle: Es wird nicht von oben herab bestimmt, was getan werden soll, sondern die Künstler haben die Möglichkeit, ihre Kreativität zu entfalten.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 18) Konvention über die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung Cultur'all zur Bereitstellung des Kulturpasses. Dieser erlaubt Menschen in prekären Lebensverhältnissen kostenlosen Zugang zu den Partnermuseen und, nach Verfügbarkeit, zum Preis von 1,50 € Zugang zu den von den Kulturpartnern organisierten Veranstaltungen und Events zu erhalten. Für alle von den Institutionen selbst organisierten Vorstellungen sind je fünf Tickets für das Théâtre des Capucins und das Cercle-Cité reserviert. Für das Grand Théâtre und das Konservatorium werden jeweils zehn Tickets bereitgestellt und für die Kinemathek 15 Tickets.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Der Kulturpass ist ein wichtiges Instrument, das leider nicht ausreichend sichtbar ist. Große Institutionen wie z.B. das Konservatorium halten viele Kulturpass-Tickets bereit, doch werden oft nur wenige in Anspruch genommen. Ich freue mich deshalb, dass die Stadt Luxemburg gewillt ist, Anpassungen vorzunehmen. Wie und wo erfolgt die Werbung für den Kulturpass? Es ist wichtig, dass auch Familien, die nicht ins Theater gehen, die keine Kenntnis vom Kulturpass haben oder sich nicht trauen, ihn in Anspruch zu nehmen, von der Existenz des Kulturpasses erfahren. Deshalb sollten wir auch außerhalb des „City Mag“ die nötigen Informationen liefern, z.B. in Schulen und in Schulfoyers. Als Kunstschaflende bin ich Mitglied verschiedener Verwaltungsräte. Letztens wurde mir in einer Sitzung eines dieser Verwaltungsräte ein Kulturpass überreicht – ein nicht sehr passendes Geschenk, da der Kulturpass geschaffen wurde für Menschen, die sich Eintrittskarten nicht leisten können. Es wäre wünschenswert, über Statistiken zu verfügen, um zu prüfen, ob mit dem Kulturpass die Zielgruppen erreicht werden und ob genügend Plätze für Nutzer zur Verfügung stehen. Kultur bringt Menschen zusammen. In einer Stadt, in der Menschen aus 167 Nationen und aus allen sozialen Schichten leben, ist es besonders wichtig, dass Kultur für alle zugänglich ist.

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): Diese Konvention ist eine gerechte und notwendige Initiative, die mit den Werten der Stadt Luxemburg und der Partei déi gréng im Einklang steht: Zugang zur Kultur für alle, sozialer Zusammenhalt und die Inklusion der am schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. Dank dieses Systems können Personen, die Sozialhilfe beziehen, Studierende in prekären Lebenslagen, Geflüchtete,

Personen mit internationalem Schutzstatus und junge Menschen, die sich in Freiwilligenprogrammen engagieren, unsere Kultureinrichtungen gegen eine geringe Gebühr oder sogar kostenlos nutzen. Es handelt sich um ein starkes Signal: Kultur muss ein Recht für alle bleiben.

Es wäre wichtig, über einen Jahresbericht zu verfügen, mit Statistiken und Angaben zur Anzahl der genutzten Kulturpass-Tickets, zu den beteiligten Institutionen, einer Schätzung der finanziellen und vor allem der sozialen Auswirkungen des Programms. Laut dem Nationalen Solidaritätsfonds waren im Jahr 2025 5.219 Personen berechtigt, den Kulturpass in Anspruch zu nehmen. Wie viele dieser Personen haben den Kulturpass tatsächlich genutzt? Falls die Beteiligungsquote niedrig ist, warum nicht versuchen, sie durch die Untersuchung der Gründe zu erhöhen? Zu den möglichen Ursachen gehören Kommunikationsschwierigkeiten, kulturelle Barrieren, mangelnde Identifikation oder Selbstausgrenzung aufgrund der Angst, mit Milieus in Kontakt zu treten, die a priori nicht Teil des eigenen sozialen Umfelds sind. Wenn die vorgesehene Beteiligungsquote erreicht wird, warum nicht die Anzahl der Plätze erhöhen? Dies würde die Transparenz, die politische Bewertung und die budgetäre Legitimität dieser Vereinbarung stärken. Die im sozialen Bereich tätigen Dienststellen müssen über ausreichend Personal verfügen, um jegliche administrative Überlastung oder Verzögerungen bei der Bearbeitung der Dossiers zu vermeiden. Im Hinblick auf den Datenschutz schlagen wir vor, im Rahmen einer zukünftigen Überarbeitung der Konvention die Verweise auf die geltenden Datenschutzbestimmungen durch zusätzliche Garantien hinsichtlich der Datenaufbewahrung zu verstärken. Mit diesen konstruktiven Bemerkungen unterstützen wir die Annahme der vorliegenden Konvention.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Der Kulturpass ist viel mehr als eine ermäßigte Eintrittskarte. Er steht für Gleichberechtigung und für die Überzeugung, dass Kultur kein Luxus, sondern ein Grundrecht ist. Der Kulturpass ermöglicht es, dass jeder, unabhängig von seiner finanziellen Situation, Zugang zu Museen, Theater, Konzerten und kulturellen Veranstaltungen erhält. Er ermöglicht Partizipation und soziale Inklusion. Wir sollten aber einen Schritt weiter gehen. Derzeit muss der Kulturpass beantragt werden, was für viele Menschen eine Hürde darstellt. Die einen wissen nicht, dass es einen Kulturpass gibt, bzw. dass sie berechtigt sind, ihn zu beantragen, andere finden den administrativen Ablauf zu kompliziert oder haben keine Unterstützung beim Ausfüllen der Formulare. Wiederum andere trauen sich nicht aus Scham oder Angst vor Stigmatisierung. Um einen reellen Zugang zur Kultur zu ermöglichen, sollte jeder, der die Kriterien erfüllt, den Kulturpass zugeschickt bekommen. Die Aktivierung könnte einfach per QR-Code erfolgen. Somit würden wir den Kulturpass zu dem machen, was er eigentlich sein sollte: eine selbstverständliche Einladung zur Kultur. Zusätzlich könnte man noch Extra-Programme für Familien, Kinder oder Jugendliche sowie Angebote für Personen, die noch nie in einem Theater oder Museum waren, ausarbeiten. Der automatische Kulturpass wäre ein kleiner administrativer Schritt mit einer großen menschlichen Wirkung.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Kulturpass besteht schon seit langen Jahren, wird aber leider nicht so oft genutzt, wie man es sich wünschen würde. Am Ende jedes Jahres stellt die Stadt Luxemburg der Vereinigung Cultur'all die Statistiken über die Nutzung zur Verfügung. Uns liegt am Herzen, dass der Kulturpass von jenen Personen in Anspruch genommen wird, die sich in einer prekären Situation befinden. Die Kriterien sind breit gefächert. Wie die Information erfolgen soll, ist jetzt in der Konvention festgeschrieben: Die Stadt beauftragt ihr Sozialamt mit der Information der Zielgruppen und der Begleitung der Personen, die dies beantragen. Es wurde zurecht darauf hingewiesen, dass es Menschen gibt, die sich nicht trauen, eine Kulturstätte zu besuchen, oder diese nicht kennen. Im *Grand Théâtre* hat sich gezeigt, dass

die meisten Personen, die Anrecht auf den Kulturpass haben, nur dann kommen, wenn sie von einer Person, die im sozialen Bereich arbeitet, begleitet werden. Das Theaterangebot in der Weihnachtszeit ist vielfältig und schön. Am kommenden Sonntag startet die Aufführung des Märchens „Hänsel und Gretel“. Die Stadt Luxemburg appelliert regelmäßig an Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, auf das Angebot des Kulturpasses hinzuweisen. Die Vereinigung Cultur'all unternimmt ebenfalls große Anstrengungen, die Zielgruppen zu erreichen und zu motivieren. Letztlich ist jedoch jeder frei zu entscheiden, ob er ein Angebot annehmen will oder nicht. In der Konvention ist festgehalten, wie viele Tickets für alle von den Institutionen selbst organisierten Vorstellungen reserviert sind. Für das *Grand Théâtre* sind zehn Kulturpass-Tickets vorgesehen. Wenn aber eine Gruppe von zwölf Personen kommt, wird niemand wieder nach Hause geschickt.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

VII KOSTENVORANSCHLÄGE

Detailliertes Projekt für die Erschließung des Areals „Op dem Tëschel“ im Hinblick auf den Bau der neuen Einrichtungen des Service Hygiène und des neuen Ressourcenzentrums

Der Gemeinderat ist aufgerufen, über einen Kostenvorschlag in Höhe von 11.958.932,08 € für die Erschließung eines 4,5 Hektar großen Geländes im Ort genannt „Op dem Tëschel“ (285, Val Sainte Croix) im Hinblick auf den Bau der neuen Einrichtungen des Service Hygiène und des neuen Ressourcenzentrums abzustimmen. Die Arbeiten umfassen insbesondere die vom Ingenieurbüro „Oeko-Bureau“ ausgearbeiteten Kompensationsmaßnahmen, den Bau eines Mittelspannungs-Umspannwerks (CREOS), den Abriss ehemaliger Einrichtungen des Friedhofsdienstes (der Anfang 2025 in seine neuen Räumlichkeiten auf dem Gelände des Friedhofs Merl umgezogen ist), die Errichtung von Stützmauern, Erdarbeiten, die Verlegung bzw. Entfernung bestehender Wasser- und Stromleitungen, die Errichtung eines Baustellenzauns, der Bau von Zufahrtsstraßen und Lagerflächen sowie die Errichtung einer provisorischen Plattform für die zukünftige Baustellenbasis. Die Durchführung dieser Arbeiten vor Beginn der eigentlichen Bauarbeiten bewirkt insbesondere eine Zeitsparnis von rund neun Monaten (Fertigstellung im August 2031 statt im Mai 2032), eine Reduzierung des Lastwagenverkehrs und der Umweltbelastung sowie eine geringere Kostensteigerung.

Rat Claude RADOUX (DP): Durch die gewählte Vorgehensweise erreichen wir eine Zeitsparnis. Je eher die Vorarbeiten beginnen, desto schneller ist das Grundstück für die eigentlichen Bauarbeiten bereit. Wir sollten diese Herangehensweise auch für andere Projekte wählen.

In der Kommission waren wir uns einig, dass wir das neue „Centre de ressources“ brauchen – zum einen, weil das jetzige Recyclingzentrum im Bereich des Stade Josy Barthel aus allen Nähten platzt, und zum anderen, weil wir diesen Standort einer anderen Nutzung zuführen wollen.

Die großen Linien des Projektes wurden uns in der Kommission vorgestellt. Ein Kostenvoranschlag konnte noch nicht vorgelegt werden, da noch eine Feinabstimmung erforderlich ist. Wir hoffen, dass die Kommission innerhalb der kommenden sechs Monate mit dem Projekt befasst werden kann. Die Pläne konnten auf der internen Plattform eingesehen werden.

Wichtig zu unterstreichen ist, dass es sich dabei um provisorische Pläne handelt.

Auf die Frage, ob es eine Zufahrt zum Ressourcenzentrum vom künftigen Boulevard de Merl geben wird, wurde uns in der Kommission geantwortet, dass eine solche Zufahrt nicht vorgesehen sei. Ich appelliere an den Schöffenrat, erneut beim zuständigen Ministerium nachzufragen, wie weit das Projekt des Boulevard de Merl gediehen ist, und alles zu tun, damit die diesbezüglichen Pläne, die etwas eingeschlafen zu sein scheinen, wieder aktiviert werden. Der Bau des Boulevard de Merl ist wichtig, weil das neue Ressourcenzentrum von vielen Menschen genutzt werden wird und es daher erforderlich ist, dass der Zugang über eine Straße mit hoher Kapazität erfolgen kann.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): In der Kommission haben wir erste Informationen zum eigentlichen Bauprojekt erhalten. Die Vertreter der zuständigen Dienststelle haben uns versichert, dass im Ressourcencenter auch der Second-Hand-Bereich seinen Platz finden wird.

Die Herangehensweise, den Gemeinderat über Geländevorbereitungsarbeiten abstimmen zu lassen, ohne dass ein fertiger Projektentwurf für den Bau des Ressourcenzentrums vorliegt, können wir nicht befürworten. In der Kommission hatte ich mich nach dem globalen Kostenpunkt des Bauprojektes erkundigt. Die Antwort kann ich nicht im Kommissionsbericht finden. Der Gesamtkostenpunkt hätte bei der Vorstellung des Projektes angegeben werden müssen. Der Gemeinderat ist aufgerufen, einen Vorschuss in Höhe von 12 Millionen Euro gutzuheißen für ein Projekt, dessen Details und Kosten wir nicht kennen. Ich sehe darin eine Art Salami-Taktik. Diese Vorgehensweise macht es uns schwer, dieses Projekt mitzutragen, obwohl wir bereits lange darauf warten und es an sich befürworten.

Ich nutze die Gelegenheit, um zu fragen, wie es um das Projekt eines zweiten, kleineren Ressourcenzentrums steht, denn es ist wichtig, dass auch die Einwohner der auf der anderen Seite der Stadt gelegenen Viertel ein Ressourcenzentrum nutzen können.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Das alte Recyclingzentrum an der Route d'Arlon leistet nach wie vor wertvolle Dienste, platzt jedoch aus allen Nähten. Seit vielen Jahren ist von einem neuen Ressourcenzentrum in Merl die Rede. Es freut mich, dass die Arbeiten endlich bald beginnen können, was bedeutet, dass auch die Umsetzung des dringend benötigten Wohnungsbauprojektes im Bereich des „Stade Josy Barthel“ näher rückt. Vor dem Hintergrund des konstanten Wachstums der Hauptstadt und seiner Nachbargemeinden ist dieses Projekt dringend notwendig. Ein Schlüsselement stellt das Ressourcencenter dar. Der Schwerpunkt muss noch mehr auf den Second-Hand-Bereich gelegt werden. Die zwei Regale, die im jetzigen Recyclingzentrum dafür vorgesehen sind, haben viel Erfolg. Es ist auch wichtig, den Nutzern Ratschläge für die Abfallvermeidung zu geben, denn diese stellt nach wie vor die beste Ressourcenschonung dar. Die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gebäude ist zu begrüßen.

Den Plänen ist zu entnehmen, dass die Zufahrt über den Val Ste Croix erfolgen wird. Dies scheint logisch, wirft aber auch Fragen auf. Durch die Umsetzung neuer Wohnviertel in Strassen und in der Stadt Luxemburg, den „pôle d'échange“ und die zwei Fußball-Trainingsfelder, die hinter dem Stade Prince Jean angelegt werden, wird das Verkehrsaufkommen steigen. Besteht ein Verkehrsplan, der über die zukünftige Verkehrs-führung Aufschluss gibt?

Der für die Vorarbeiten veranschlagte Kostenvoranschlag erscheint mir etwas optimistisch. Ich teile die Meinung von

Rätin Gaasch in Bezug auf die Bereitstellung detaillierterer Informationen. Ich kann mir gut vorstellen, dass der Gemeinderat mit einem rektifizierten Budget befasst werden wird.

Werden auch die Einwohner der Gemeinde Strassen Zugang zum neuen Ressourcencenter haben, und wird die Gemeinde Strassen sich an den Projektkosten beteiligen? Unsere Fraktion wird das Projekt unterstützen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Vielen Dank den verschiedenen Rednern für ihre Beiträge und ihr Vertrauen. Ich danke auch Rat Radoux, Präsident der zuständigen Kommission, für die Erklärungen. Über die kritischen Fragen von Rätin Gaasch bin ich überrascht, denn die Planungen für das Projekt eines neuen Ressourcencenters haben bereits unter der damaligen Schöffin Viviane Loschetter (déi gréng) ihren Anfang genommen. Wir sollten uns darüber freuen, dass wir eine Zeitersparnis von rund neun Monaten erreichen können. Auf dem 4,5 Hektar großen Areal in Merl – zu dem es keine Alternative gibt – wird ein hochmodernes Ressourcenzentrum entstehen.

Da die Planung der vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen ist, gibt es keinen Grund, mit deren Umsetzung zu warten. Über die Zeitersparnis hinaus bietet diese Vorgehensweise den Vorteil, dass die Kosten näher am Voranschlag liegen werden, als wenn wir noch ein paar Jahre warten würden. An der Ausarbeitung des eigentlichen Bauprojektes wird unterdessen weitergearbeitet, um diesen dem Gemeinderat dann zu gegebenem Zeitpunkt zu unterbreiten. Den Mitgliedern der Kommission wurde das Projekt in groben Linien vorgestellt. Wenn es noch zu Anpassungen kommt, werden diese nicht grundlegender Natur sein. Es wird auch ein professionell geführtes Second-Hand-Angebot geben, was es in dieser Form in der Großregion wahrscheinlich noch nicht gibt.

Nach der Fertigstellung des Boulevard de Merl wird die Zufahrt sowohl von Belair als auch von Strassen aus möglich sein. Gemäß einer Konvention mit der Gemeinde Strassen können auch ihre Einwohner das Ressourcenzentrum nutzen. Von Belair aus wird die Zufahrt im Einbahnverkehr erfolgen, damit kein zusätzlicher Durchgangsverkehr im Viertel entsteht. Beim Verlassen des Ressourcenzentrums werden die Besucher in Richtung Strassen fahren müssen. Die staatlichen Instanzen arbeiten an der Ausarbeitung des Projektes für den Bau des Boulevard de Merl, und der Schöffenrat hat die betreffenden Instanzen erneut daran erinnert, dass es wichtig ist, die benötigten Grundstücke zu erwerben, damit das Projekt des Boulevard de Merl endlich umgesetzt werden kann. Die Gemeinde Strassen wird sich finanziell an den Kosten des Ressourcenzentrums beteiligen, nicht jedoch an den Kosten für das Gebäude unseres „Service Hygiène“.

Ein zweites, kleineres Ressourcenzentrum soll auf der Seite des Stadtviertels Hamm entstehen. Dafür geeignete Grundstücke konnten ausgemacht werden. Wenn ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet ist, werden wir den Gemeinderat damit befassen. Es sei auch daran erinnert, dass ein Gesetz vorsieht, dass Recyclingzentren für alle Einwohner des Landes zugänglich sein sollen. Dies wird zu Diskussionen führen, inwieweit das Ressourcencenter der Stadt Luxemburg auch für Einwohner der anderen Gemeinden geöffnet werden muss. Aufgrund von Pilotprojekten wird sich zeigen, was machbar ist und was nicht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der für den Bau des zweiten Ressourcenzentrums in Erwägung gezogene Standort befindet sich gegenüber dem Krematorium in Hamm.

Das Projekt wird bei Enthaltung von déi gréng gutgeheißen.

VIII URBANISMUS

1) Punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans bezüglich der Teilbebauungspläne NQ [CS-09] und [CS-11] (Parc de Cessange)

Die Stadt Luxemburg sieht verschiedene Anpassungen am grafischen Teil des Flächennutzungsplans bezüglich der Flächen der Teilbebauungspläne NQ [CS-09] und [CS-11] in Zessingen vor. Diese Anpassungen ermöglichen die Umsetzung eines Teilbebauungsplans NQ, der sowohl den Bau zahlreicher Wohnungen als auch Maßnahmen zum Schutz und zur Aufwertung der natürlichen Umgebung vorsieht.

Rat Claude RADOUX (DP): Der Gemeinderat ist aufgerufen, leichte Anpassungen am Flächennutzungsplan vorzunehmen. Die Aufteilung der PAP NQ [CS-09] und [CS-11] wird entsprechend den Eigentumsverhältnissen geändert, die Bodennutzungsgrade des PAP NQ [CS-09] werden leicht geändert und es wird eine geringfügige Anpassung der Dienstbarkeitszone « urbanisation - éléments naturels » (EN) et « urbanisation - coulée verte » (CV) vorgenommen. Diese Anpassungen sind erforderlich, um den Teilbebauungsplan, der dem Gemeinderat am Ende der Prozedur vorgelegt wird, fertig ausarbeiten zu können. Die beratende Kommission ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Anpassungen im Sinne des Projektes sind.

Noch eine kurze Bemerkung: Die Pläne, die heute im Sitzungssaal des Gemeinderates aushängen, sind recht klein. Ich schlage vor, künftig großformatigere Pläne auszuhängen. Es wäre sinnvoll gewesen, auch für das unter Punkt 7 behandelte Projekt, das immerhin mit Kosten in Höhe von 12 Millionen Euro verbunden ist, einen Plan auszuhängen. Bisher war es üblich, die Pläne der zur Abstimmung gestellten Projekte im Saal auszuhängen. Ich würde es begrüßen, wenn wir an dieser Praxis festhalten würden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Anmerkung von Rat Radoux ist gerechtfertigt. Wir werden daran festhalten.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Der Stadtteil Zessingen befindet sich im Wandel. Rat Radoux ist auf die vorzunehmenden Anpassungen eingegangen. Das urbanistische Konzept wurde uns in der Kommission vorgestellt. Es sind zum Teil recht hohe Wohnresidenzen, aber auch viel Grün dazwischen vorgesehen. Die Gesamtplanung ist gut gelungen. Ich warte mit Spannung auf den PAP, der uns zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt wird. Wichtig ist, dass Spielplätze und andere Plätze, wo Menschen sich treffen können, von Anfang an eingeplant werden.

Die punktuelle Änderung am Flächennutzungsplan wird einstimmig gutgeheißen.

2) Neuordnung von Bauland

Folgender Antrag zur Neuordnung von Grundstücken wird einstimmig gutgeheißen:

- 31-31 A, Rue du Kiem: Aufteilung der Parzellen 73/4225, 73/4226 und 73/4227, um drei neue Bauplätze zu schaffen, auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann. Ein Los wird in den öffentlichen Besitz integriert.

IX SUBSIDIEN

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Die uns in der Kommission unterbreiteten Subsidienanträge wurden alle befürwortet. Die Vereinigung CASA hatte einen Antrag im Zusammenhang mit einem Stand auf dem „Oktavmäertchen“ eingereicht. In der Kommission wurde gefragt, wieso eine Vereinigung dafür eine finanzielle Unterstützung erhält und ob auch andere Vereinigungen eine entsprechende Anfrage einreichen können.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich kenne das Dossier nicht im Detail, gehe aber davon aus, dass die Stadt die Vereinigung gebeten hatte, einen Stand anzumieten, um ein harmonisches Bild des „Oktavmäertchen“ zu schaffen, und dass die Stadt der Vereinigung das für die Anmietung des Standes nun zurückstattet.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Selbstverständlich schließen wir uns dem Gutachten der Kommission an. Nicht zurückgehalten wurde ein Subsidienantrag des „Lycée de garçons de Luxembourg“ (LGL) zur Unterstützung der Jahresabschlussfeier des Lyzeums. Es handelt sich beim LGL zwar nicht um eine Vereinigung, doch wäre es unserer Ansicht nach eine gute Idee, jedem auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg angesiedelten Lyzeum eine finanzielle Unterstützung für die Organisation einer Jahresabschlussfeier für die Abiturienten zu gewähren.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ideen sind immer willkommen. Ich schlage vor, dass Rat Boisante den Vorschlag in der zuständigen beratenden Kommission zur Sprache bringt.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Wir können stolz darauf sein, in einer Stadt zu leben, die so viele schöne Projekte unterstützt, egal, ob es sich um das „Catch Music Festival“ handelt, das sich immer weiterentwickelt, um eine Revalorisierung des Lofy's Place, damit wir zusammen schöne Momente genießen können, oder um die Aktivitäten der „Tramsmusek“, die uns bei den verschiedensten Anlässen musikalisch begleitet. Wir haben einen „Salon du livre africain“, eine Initiative, die in einer Stadt wie der unseren sehr wichtig ist. Wir unterstützen alle Kulturen und die Vereine zeigen viel Engagement. Die „Coordination culturelle“ der Stadt Luxemburg leistet eine Superarbeit und hat stets ein offenes Ohr für die Kulturschaffenden.

Es freut mich auch, dass die „Luxembourg Gay Pride 2026“ in der Hauptstadt stattfinden wird. Als Präsidentin der Kulturkommission begrüßt ich den Umstand, dass die Stadt Luxemburg diese Veranstaltung mit einem beachtlichen Betrag unterstützt. Ich danke der Stadt Luxemburg für die Offenheit, die sie der LGBTIQ+-Gemeinschaft entgegenbringt. Multikulturalität und Zusammenleben sind uns wichtig – eine Aussage, die man in einer Zeit, die wir gerade erleben, nicht oft genug wiederholen kann.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Die aktualisierte Liste der Subsidienanträge wurde uns erst am Freitagabend zugestellt. Hätten wir sie früher erhalten, hätte unsere Fraktion die nötige Zeit gehabt, im Vorstand darüber zu diskutieren. Den Subsidienantrag von „Luxembourg Pride“ werden wir nicht mittragen. Wir halten es für geschmacklos, dass die Stadt Luxemburg der Stadt Esch/Alzette, die diese Veranstaltung in den letzten Jahren organisiert hatte, die Ausrichtung dieser Veranstaltung streitig macht. Viele Menschen in Esch sind darüber nicht erfreut. Die Stadt Luxemburg unterstützt die „Luxembourg Pride“ mit 125.000 Euro. Dieses Geld fließt an eine politische Organisation, denn jeder in Europa weiß, dass es sich nicht um eine neutrale, sondern um eine politische Veranstaltung aus-

dem politisch linken Milieu handelt. Jeder kann seine Meinung sagen, doch wenn die Steuerzahler eine politische Veranstaltung mit 125.000 Euro mitfinanzieren müssen, finden wir das nicht in Ordnung. Meinen Informationen zufolge waren in Esch viele Menschen nicht damit einverstanden, dass eine „Pride Parade“ mit Steuergeldern finanziert wird, und ich meine auch nicht, dass dies einer Sache dient oder irgendjemandem hilft.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der genannte Subsidienantrag steht heute nicht auf der Tagesordnung.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Warum konnte Rätin Camarda dann zu diesem Punkt sprechen? Eigentlich hätte Frau Bürgermeisterin dann auch Rätin Camarda unterbrechen und darauf hinweisen müssen, dass der genannte Subsidienantrag heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: In einer nächsten Sitzung wird der genannte Subsidienantrag auf der Liste stehen und Rat Weidig wird Gelegenheit erhalten, dazu Stellung zu beziehen.

Folgenden Vereinigungen werden einstimmig außerordentliche Subsidien gewährt:

LIKABA asbl 2. Auflage des « Salon du livre africain »	5.000 €
Cooltur asbl 3. Auflage des Expat Day	200 €
Choeur de chambre de Luxembourg Europakonzert 2026	35.000 €
Lofy's Place asbl Organisation von soziokulturellen Aktivitäten	10.500 €
Catch Music asbl Catch Music Festival 2026	14.000 €
CASA asbl Rückerstattung der Kosten für die Anmietung eines Verkaufsstandes während der Oktave 2025	1.755 €
Trammusek asbl Subsidien für das Rechnungsjahr 2026	50.000 €
Harmonie municipale de Luxembourg-Rollingergrund Subsidien für die beiden jährlichen Konzerte	3.600 €
Tennis Club Smash asbl Subsidien für die audiovisuelle Ausstattung des Vereins	1.600 €
Entente des sociétés de l'Ancienne commune d'Eich Kranzniederlegung anlässlich des nationalen Gedenktages	360 €
APE Beggen asbl Organisation ihrer Veranstaltungen	1.000 €
Interesseverän Gaasperech Kranzniederlegung anlässlich des nationalen Gedenktages	226 €

Fédération luxembourgeoise d'athlétisme 16. Ausgabe des "CMCM Indoor Meeting" (18. Januar 2026)	75.000 €
Sport a Fräizäit Zéisseng asbl 18. Festival Elys Jacobs 2026 (2. und 3. Mai 2026)	75.000 €
Triathlon Luxembourg asbl 40. Ausgabe des Triathlon Echternach (4. und 5. Juli 2026)	10.000 €
Fédération luxembourgeoise de triathlon Organisation des "Aquathlon" (11. Januar 2026)	5.000 €
Reitclub R.U.St. Subsidien für junge Sportler 2023/2024	3.000 €
Amicale POST Luxembourg asbl Sponsoring-Vertrag mit der Stadt Luxembourg für den "Postlauf 2026" (8. März 2026)	7.000 €
CSL et DKV Urban Trail asbl Organisation des Urban Trail am 18. und 19. April 2026	23.000 €
Comité Olympique et sportif luxembourgeois Organisation des "COSL Spillfest" am 14. Mai 2026	30.000 €

X VERSTEIGERUNG VON FAHRZEUGEN DER STADT LUXEMBURG

Die Dienststelle Véhicules et Maintenance versteigert regelmäßig ausgemusterte Fahrzeuge.

Der Gemeinderat erteilt dem Schöffenrat einstimmig die Ermächtigung zur Durchführung dieser Versteigerungen für das Jahr 2026.

XI GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

XII KONVERTIERUNG EINES POSTENS

Dem Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung zur Konvertierung eines Postens im Secrétariat général.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich bitte alle, die am kommenden Freitag zu den Budgetdokumenten intervenieren wollen, sich in die Liste einzuschreiben.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Wie wird die Redezeit berechnet?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Bisher haben sich zehn Redner eingeschrieben. Als informellen Richtwert hatten wir uns eine Redezeit von 15 bis 20 Minuten pro Redner vorgegeben. Mit einer Ausnahme haben sich alle Mitglieder des Gemeinderates an diese informelle Vorgabe gehalten.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Meine Frage bezog sich auf die Berechnung der Redezeit pro Fraktion, da es pro Fraktion mehrere Beiträge geben kann. Die Redezeit pro Fraktion sollte einheitlich sein.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Bisher ist es uns stets gelungen, dass sich jeder mehr oder weniger an eine Redezeit von 15 bis 20 Minuten gehalten hat, damit die Gesamtdauer

der Debatte in einem vernünftigen Rahmen bleibt. Es gab immer Redner, die länger als 20 Minuten sprachen, andere blieben unter 15 oder 20 Minuten. Wenn der Gemeinderat sich eine strengere Regelung geben will, so wie sie auch in der „Chamber“ besteht, können wir im Rahmen der Überarbeitung der internen Geschäftsordnung gerne darüber diskutieren.

Neuordnung von Bauland

Unter dem Punkt „Urbanismus“ hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 8. Dezember 2025 der Neuordnung mehrerer Baulandparzellen zugestimmt. Die Beschlüsse wurden per Mitteilung vom 18. Dezember 2025 bekanntgegeben und können auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) eingesehen werden.